



# Kampf für den Erhalt **aller** Arbeitsplätze

Vor drei Jahren hatte sich Schröder zum Kanzler des Aufschwungs gekürt. In den kommenden Monaten wird er der Kanzler des Abschwungs sein. Die Weltwirtschaft ist auf dem Weg in eine tiefe Krise. Das Aus für den „Neuen Markt“, Börsengewitter, Auftragsrückgänge, Rekordschulden und Überproduktion und Überkapazitäten. Davon bleibt auch Deutschland mit seiner Exportabhängigkeit nicht verschont. Die Industrieproduktion ist bereits eingebrochen. Die Gewinne schrumpfen im ersten Vierteljahr um 23 Prozent.

Es kriselt nicht, es kracht. Im Baugewerbe sind 100.000 Arbeitsplätze in Gefahr. DaimlerChrysler, bei dem in Deutschland knapp 200.000 in Lohnarbeit stehen, plant weltweit den Abbau von 26.000 Arbeitsplätzen, Philips den Abbau von 11.500 Jobs, Siemens von 9.700 Jobs. Bei Opel, Bombardier oder Hertzmann droht die Schließung ganzer Standorte.

Von Aron Amm, Berlin

In den USA wurden in diesem Jahr schon mehr als eine Million ArbeiterInnen auf die Straße gesetzt. Die deutsche Wirtschaft erwartet allein aufgrund von Pleiten 340.000 Stellenstreichungen bis Weihnachten.

Gleichzeitig prügeln Scharping (SPD) und Koch (CDU) auf die Arbeitslosen ein und fordern Einschnitte bei der Sozialhilfe und verstärkten Druck auf Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose. Angeblich, um sie wieder in feste Arbeitsverhältnisse zu bringen. Welcher Hohn bei dramatisch zunehmendem Verlust von Arbeitsplätzen!

## Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze

Not macht angeblich erfinderisch. Bei der deutschen Hewlett-Packard-Tochter sollen rund 6.000 Beschäftigte auf zehn Prozent des Gehalts oder acht Tage ihres Jahresurlaubs verzichten. Bei Krupp Stahlbau ließ sich die IG Metall Berlin auf 15 Prozent Gehaltsverzicht ein, und damit auf eine Absenkung der Löhne unter den Flächentarif. Mit dem „5.000 mal 5.000“-Modell wollen die VW-Chefs ebenfalls Löhne unter dem Flächentarifvertrag und Arbeitszeiten über der 35-Stunden-Woche durchsetzen. Lohnverzicht in Krisenzeiten ist nicht neu, hat aber noch nie Arbeitsplätze gerettet.

Selbst während des Konjunkturaufschwungs der neunziger Jahre mussten die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen, ohne dass in nennenswerter Zahl neue Stellen geschaffen worden wären.

Das einzige, was Arbeitsplätze rettet, ist der Kampf um Arbeitsplätze. Der Aufschwung ist an ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten vorbei gegangen. Jetzt soll die Krise auf ihrem Rücken abgewälzt werden. Wenn Konzernchefs behaupten, dass rote Zahlen geschrieben werden, dann sollen sie die Geschäftsbücher öffnen, damit die Belegschaften sehen können, wo die Gewinne hingegangen sind, die von ihnen erwirtschaftet wurden. Kapitalisten, die Betriebe dichtmachen wollen, gehören enteignet. Entschädigungen dürfen nur bei erwiesener Bedürftigkeit gezahlt werden.

## Gemeinsame Gegenwehr

Die Gewerkschaften sollten für einen Austausch aller Belegschaften sorgen, die

### Was die Krise für Manager bedeutet

Thomas Hoffa war den Tränen nahe, als der Manager des krisengeschüttelten Filmrechtehändlers EM.TV Ende Juli seinen Rücktritt bekannt gab. Zum Trost dürfte ihm der Verkauf seiner Anteile rund 200 Millionen Mark eingebracht haben.

Der Schaden, den Hoffa angerichtet hat, wird ihm nicht schaden. Sollten die Gerichte Hoffa verdonnern, Millionensummen an die EM.TV-Aktionäre zu leisten, meldet er den Schaden einfach seinen Versicherungsgesellschaften – denn gegen Missmanagement ist Hoffa versichert: Seine Police teilen sich die beiden US-Anbieter Chubb Insurance und ACE. Versicherungssumme: 200 Millionen Mark.

mit Entlassungen und Betriebsschließungen konfrontiert sind, um zu verhindern, dass diese gegeneinander ausgespielt werden. Vertrauensleute und Betriebsräte sollten auf einer Konferenz zusammen kommen, damit die nächsten Kampfsschritte demokratisch diskutiert und entschieden werden können. Öffentlichkeitsarbeit, Großdemonstrationen, eintägige Streik- und Protesttage, weitere Streikmaßnahmen bis hin zur Betriebsbesetzung und die Aufstellung alternativer Produktionspläne gehören auf die Tagesordnung.

Die Gewerkschaften sind die potenziell stärkste organisierte Kraft in der Gesellschaft. Die Gewerkschaften hätten alle Möglichkeiten, für betriebs- und branchenübergreifende Gegenwehr zu sorgen. Es wird höchste Zeit dafür zu kämpfen, dass Co-Management und „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ eine Absage erteilt wird. Die Gewerkschaften müssen endlich zu echten Kampforganisationen werden.

79 Prozent aller Ostdeutschen denken bei „sozialer Marktwirtschaft“ an Arbeitslosigkeit (Allensbach-Umfrage von 1999). Im Westen sind es 56 Prozent. Diese Zahl wird in den nächsten Monaten stark zunehmen. Mit der Marktwirtschaft geht es bergab. Wenn die Unternehmer nichts „unternehmen“, sondern behaupten, der Konkurrenzkampf zwingt sie dazu, Arbeitsplätze zu vernichten, dann spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung, sondern gegen das Profitssystem. ■



Die Konzernchefs von Opel und General Motors Europa wollen im Rahmen des Sanierungsprogramms „Olympia“ 15 Prozent der Produktionskapazitäten abbauen. In der Diskussion ist die Schließung von einem oder mehreren der acht europäischen Werke. Als das Werk in Bochum mit 12.000 Beschäftigten ebenfalls in die Diskussion kam, drohte die Belegschaft mit spontanen Arbeitsniederlegungen. Laut Betriebsratsvorsitzender Jaszczak ist mächtig „Dampf im Kessel“

## Proteste bei Opel Bochum

„5 Schichten Streik letztes Jahr im Juni. Am 21.6.01 Produktionsstopp 30 Min. in der Achse Werk II wegen gemeinsamen Informationsbedarf der KollegInnen.“

– Am 22.6.01 in Werk III: Hunderte informieren sich beim Werksleiter, ca. 40 Min. Produktionsstopp.

– Diese Woche Mittwoch, am 15.8.01: Werk II steht über eine Stunde wegen gemeinsamer Teilnahme aller an der Info-Stunde. Das Management ist gewarnt. Die Bochumer Belegschaft lässt sich nicht mehr so leicht verarschen! (...)

Und nie vergessen: „Ein Streik in unserem Hause würde innerhalb eines oder von 2 Tagen unsere 17 europäischen Werke stilllegen!“ so Ex-Opel-Boss Strinz (am 13.1.00 in Phoenix-TV). Nach wie vor gute Idee, Herr Strinz!“

Gegenwehr ohne Grenzen (GoG) Nr. 12 – August 2001  
(GoG ist eine parteiunabhängige Gruppe bei GM/Opel Bochum)

**SAV-Programm gegen Arbeitsplatzabbau**

- ⇒ Keine Entlassungen und Betriebsschließungen
- ⇒ Kein Lohnverzicht
- ⇒ Raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“!
- ⇒ Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenz aller von Arbeitsplatzabbau bedrohten Betriebe
- ⇒ Öffnung der Geschäftsbücher
- ⇒ Verteilung der Arbeit auf alle. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ⇒ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Bildung und Gesundheitswesen
- ⇒ Nein zu Privatisierungen. Rücknahme aller bisheriger Privatisierungen
- ⇒ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

**BUNDESWEHR**  
Bringen die Einsätze Frieden auf dem Balkan?  
Seite 2

**EU-GIPFEL**  
Europaweite Gegendemo in Brüssel geplant  
Seite 5

**PRIVATISIERUNG**  
Widerstand regt sich gegen den globalen Raubzug  
Seite 6-7

**GENUA**  
Welche Lehren für die anti-kapitalistische Bewegung?  
Seite 8

## Makedonien\* NATO-Militäreinsätze bringen keinen Frieden auf dem Balkan

Die NATO will in Makedonien Waffen von albanischen Nationalisten einsammeln. Fischer & Co., die sich für eine Beteiligung der Bundeswehr stark gemacht haben, geben aber offen zu, dass es auch darum geht, die Fähigkeit der EU zu militärischen Interventionen zu demonstrieren.

Von Wolfram Klein,  
Stuttgart

Ende der neunziger Jahre hatten die USA noch zu Gunsten albanischer Nationalisten in Kosovo eingegriffen. Das Ergebnis war ein blutiger Krieg 1999, die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, die vorübergehende Stärkung von Milosevic (der später nicht von der NATO, sondern der eigenen Bevölkerung, den Opfern der NATO gestützt wurde), die kurzfristige Vertreibung von Hunderttausenden Albanern und dann die Vertreibung von Hunderttausenden Serben und Roma aus Kosovo.

Nach diesem „Erfolge“ versuchten albanische Nationalisten die selbe Taktik im serbischen Grenzgebiet („Befreiungsarmee Presevo, Medvedja und Bujanovac“, UCPMB) und dann in Makedonien („Nationale Befreiungsarmee“, ÜCK). Die albanische Minderheit in Makedonien hat berechnete nationale Forderungen (Anerkennung als Staatsvolk, Gleichberechtigung ihrer Sprache etc.). Aber das Vorgehen der nationalistischen Kräfte dient weder der Verwirklichung der berechtigten nationalen Forderungen noch den Interessen der arbeitenden Bevölkerung auf dem Balkan, sondern wird diese nur in weitere blutige Kriege stürzen.

### Konfliktursachen

Vor allem hatte die Wiedereinführung des Kapitalismus in den neunziger Jahren zu wirtschaftlichem Niedergang und Verarmung für makedonische und albanische ArbeiterInnen und BäuerInnen geführt. Das hätte der Ausgangspunkt eines gemeinsamen Kampfes aller Volksgruppen für ihre gemeinsamen Interessen sein können. Statt dessen haben die militärischen Aktionen der ÜCK und die Gegenoffensiven der Armee die Beziehungen zwischen ihnen vergiftet, über Hundert-



Die NATO will gegen die Proteste der albanischen Minderheit in Makedonien vorgehen. Auch die Bundeswehr (siehe Foto mit deutschen Soldaten in Tetovo) soll mitmischen. Makedonien droht nach Bosnien und dem Kosovo das dritte „Protektorat“ der NATO auf dem Balkan zu werden

tausend Flüchtlinge produziert und die Gefahr eines Bürgerkriegs und sogar regionalen Krieges (in dem die NATO-Länder Griechenland und Türkei auf verschiedenen Seiten stehen würden) erzeugt.

### Neuer Krieg droht

Die jetzige NATO-Intervention in Makedonien wird keine Friedensmission sein. Die makedonisch-nationalistische Parlamentsmehrheit wird ihre Zusagen nicht einhalten, da die ÜCK ihrer Meinung nach viel mehr Waffen hat als sie abgeben will. Sie sehen in den albanischen Forderungen Schritte zu einer Teilung des Landes und einem Großalbanien. Aber auch die Albanern werden bald von ihr enttäuscht sein. Ähnlich wie vor einigen Jahren in Somalia werden die Besatzungstruppen bald auf allen Seiten verhasst sein. Eine Eskalation wird so nicht verhindert werden. Der fünfte Balkankrieg seit 1991 droht weiterhin.

### Militärische Ziele der EU

Fischer rechtfertigte die Intervention in Makedonien auch damit, dass die Europäer ihre Handlungsfähigkeit beweisen müssten. Die Truppe „ähnelt in Zuschnitt, Auftrag und Kommandostruktur auffallend jener EU-Eingreiftruppe, die ab 2003 der europäischen Außen-

## unser standpunkt

### Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit Scharping „kocht“ für die Bosse

Im Sommerloch reiste Hessens Ministerpräsident Koch in die USA und entdeckte in Wisconsin eine Wundermedizin für den Sozialstaat: wirkliche Suche nach Arbeit oder Streichung der Sozialhilfe und maximal zwei Jahre Sozialhilfe im ganzen Leben.

Zu Hause wurden seine Vorschläge aber zerflückt: von 2,8 Millionen SozialhilfeempfängerInnen können 2 Millionen nicht arbeiten gehen, weil sie krank, alleinerziehend oder sozial gehandikapt sind, von den übrigen ist die Hälfte bereits erwerbstätig. Von Arbeitslosen zwischen 18 und 25 Jahren sind 4 Prozent länger als ein Jahr arbeitslos. Ein Großteil der Maßnahmen wird in Kochs Bundesland Hessen bereits praktiziert, ohne die „Wunderwirkung“ von Wisconsin, die wohl eher am Konjunkturaufschwung der letzten Jahre in den USA liegt.

Die neuen Jobs, in die in Wisconsin die SozialhilfeempfängerInnen hineingerufen werden, sind so schlecht bezahlt, dass das Jahresgehalt im Durchschnitt (!) 400 Dollar unter der früheren Sozialhilfe liegt. Die Frankfurter Rundschau kommentierte:

„Interessant ist gerade bei der Betrachtung der amerikanischen Verhältnisse, dass die Häftlinge in den Gefängnissen zum großen Teil aus einer verarmten, von Sozialhilfe weitgehend beraubten Unterschicht stammen. Addiert man die Zahl der inhaftierten Männer zu der der männlichen Erwerbslosen, kommt man auf ganz ähnliche Arbeitslosenquoten wie in Europa. Wollen wir so eine Gesellschaft?“ (21.8.01)

Am Beginn einer Weltwirtschaftskrise, in der massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden und die Zahl der Arbeitslosen die der offenen Stellen um ein vielfaches übertrifft, erscheint die Diskussion besonders weltfremd.

Als Kochs Vorschläge selbst in den eigenen Reihen zurückgewiesen worden waren, zum Beispiel vom Chef der CDU-Wertekommission Böhr, übernahm sie der Chef der SPD-Grundwertekommission Scharping praktisch. Warum? Wollte er davon ablenken, dass er als Verteidigungsminister mit der Bundeswehr neue Militäreinsätze auf dem Balkan plant? Wollte er von der beginnenden Wirtschaftskrise ablenken? Auch.

Vor allem geht es aber darum, die Krise auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen. Arbeitslose sollen in Niedriglohnjobs, schlechte Arbeitsbedingungen, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse getrieben werden, um als „Schmutzkonkurrenz“ und Lohndrücker gegen ihre KollegInnen eingesetzt zu werden.

Eine Ausweitung des Niedriglohnssektors und eine Zunahme ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse setzt eine Spirale nach unten in Gang. Damit wird nicht nur die Lage der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen ins Unerträgliche gesteigert.

Auch für alle Beschäftigten erhöht sich der Druck, Lohnnebenleistungen und eine Verschlechterung von Arbeitsbedingungen hinzunehmen.

Deshalb müssen sich Beschäftigte, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen gemeinsam wehren und für eine Alternative kämpfen. Wir treten ein für eine Mindestsicherung von 2.000 Mark netto, damit niemand gezwungen ist, Arbeit unter Tarif anzunehmen, für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und öffentliche Investitionen in Bereichen wie Umweltschutz, Wohnungsbau, Gesundheitswesen und Bildung zur Schaffung von gesellschaftlich sinnvollen und nach Tarif bezahlten Arbeitsplätzen. ■

politik einen militärischen Arm beigegeben soll“ (Frankfurter Rundschau, 23. 8.). Die EU will auch militärisch von der US-Konkurrenz unabhängiger werden. Fischer erklärte auch, dass die Entwicklung in Makedonien Auswirkungen auf die NATO-Länder Griechenland und Türkei habe. Er nimmt also für die NATO das Recht in Anspruch, Soldaten in fremde Länder zu schicken, wenn Entwicklungen dort Auswirkungen auf NATO-Länder haben!

Schröder, Fischer, Scharping & Co. machen auf dem Balkan genauso wenig wie in Deutschland Politik für die arbeitenden Menschen. Sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt und Frieden für den Balkan kann nicht

auf kapitalistischer Grundlage erreicht werden. Dazu bedarf es einer wirklichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, der Wahrung von Minderheitenrechten und der Bildung einer freiwilligen sozialistischen Konföderation der Balkanstaaten. Dies ist kein einfacher, aber der einzig mögliche Weg. Der erste Schritt auf diesem Weg muss die Bildung ungeschützter sozialistischer Arbeiterparteien sein. ■

\* Zur Schreibweise:

Wir benutzen statt des lateinisch geprägten „Mazedonien“ das orthodoxe „Makedonien“, was auch der dortigen Schreibweise entspricht

## „Gesundheitsreform“

# Die Missstände bleiben

Es ist mal wieder soweit: Eine „Gesundheitsreform“ ist geplant. Seit 1980 mittlerweile die achte. Mal wieder heißt es: „Wir geben zu viel Geld für zu wenig Leistung aus.“ Von 268 Milliarden Mark 1990 seien die Ausgaben für Gesundheit auf mittlerweile 415 Milliarden Mark gestiegen. Kostenexplosion wird das dann genannt.

Von Holger Dröge, Krankenpfleger

Doch stimmt das alles? Das Gerede von der Kostenexplosion wird nicht wahrer, wenn man es einfach nur oft wiederholt: Der Anteil am Bruttosozialprodukt, der für Gesundheit ausgegeben wird, ist seit fast 20 Jahren kaum verändert.

### Beispiele für wirkliche Missstände im Gesundheitswesen

- Bei einer Untersuchung in Alten- und Pflegeheimen in Deutschland stellte sich heraus, dass 42 Prozent der AltenheimbewohnerInnen und 59 Prozent der PflegeheimbewohnerInnen regelmäßig Psychopharmaka erhielten. Die Forscher kommen in ihrem Bericht zu einem interessanten Schluss: Dass psychisch auffällige BewohnerInnen derart oft ruhig gestellt werden, führen sie auf die mangelhafte personelle und räumliche Ausstattung der Einrichtungen zurück. Das Heim mit dem höchsten Psychopharmakaverbrauch war zugleich das einzige, in dem die BewohnerInnen in Mehrbett-Zimmern leben mussten. (Quelle: Psychiatrische Praxis, Bd. 26, Seite 273)
- 20 Prozent aller Menschen über 65 Jahre in Deutschland sollen mangelernährt sein. In Alten- und Pflegeheimen sogar 30 bis 80 Prozent. (Quelle: Heilberufe Nr. 51 Heft 8)
- In einem Hamburger Krematorium wurde bei fast einem Drittel aller Verstorbenen über 60 Jahre, „todliches Wundliegen“ festgestellt (Quelle: Prof. Paschel, Chef der Hamburger Rechtsmedizin).

Das ist durch ausreichende Pflege in der Regel vermeidbar. Dass viele Menschen eine solche nicht erhalten, hat aber nichts mit den Pflegepersonen zu tun, sondern vielmehr mit einem Mangel an solchen.

### Kostenexplosion? Gewinnexplosion!

Es stimmt, dass die Einnahmen der Krankenkassen sinken. Kein Wunder bei sinkenden Löhnen und steigender Massenarbeitslosigkeit. Doch dafür sind die Einnahmen von Pharmakonzernen kräftig gestiegen: Schering 1,4 Milliarden Mark, Roche rund 6 Milliarden Mark, BASF 6,2 Milliarden Mark Gewinn allein im 1. Quartal 2001. Mit PrivatpatientInnen verdient so mancher Chefarzt Millionen. Es gibt Spitzenverdiener mit 10 bis 15 Millionen Mark pro Jahr. Die Chefarzte nutzen die öffentliche Infrastruktur, zahlen aber meist nur Almosen an die öffentliche Hand. In mancher Uniklinik nur 25 Prozent der Einnahmen, obwohl die Kosten teilweise bei 70-80 Prozent der Einnahmen liegen.

### Personalabbau

Gleichzeitig gibt es enorme Missstände in der Versorgung. Jeder, der mal krank war, kennt die Probleme: Lange Wartezeiten, nichts wird richtig erklärt, manche Röntgenaufnahme wird doppelt gemacht, und man fragt sich ja immer wieder, ob das alles so sinnvoll ist.

Am Personal liegt das nicht. In Krankenhäusern wurden seit 1995 allein im Pflegedienst 15.000 Stellen vernichtet. Krankenhaussärzte arbeiten schon mal immer wieder 24 Stunden oder mehr am Stück. Arbeitsschutz ist im Gesundheitswesen ein Fremdwort.

### Strukturelle Mängel

Niedergelassene Ärzte bekommen Geld fürs Medikamente verschreiben oder Untersuchungen, aber nicht dafür, dass sie mit PatientInnen reden. Es macht wirtschaftlich einfach keinen Sinn mit einem psychischen Kranken zu reden, Pillen zu verschreiben schon.

Die Mängel liegen im System: Eine vorbeugende Maßnahme nach §37 SGB V stellt zum Beispiel keinen Behandlungsauftrag dar, das heißt ein pflegebedürftiger Patient muss erst Komplikationen bekommen, damit der Arzt zusätzliche Pflege verordnen darf. Dass so was teuer ist, kann sich jeder denken. Auch liegt die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer in Deutschland bei rund 73 Jahren (Platz 11 von 14 in den OECD-Staaten).

Jetzt soll alles anders werden? Doch haben die „Reformen“ seit 1980 irgendein Problem gelöst? Die Beitragsätze der gesetzlichen Krankenversicherungen sind seitdem von 11,4 Prozent auf 13,6 Prozent gestiegen. Die Beitragszahler werden zusätzlich mit

### Lipobay-Skandal „Risiko und Nebenwirkung“ beim Profitstreben

Das Gesundheitswesen ist „Opfer“ des Profitstrebens im Kapitalismus. Während Kliniken, Alten- oder Pflegeheime bald „am Tropf hängen“, konnten die Pharmakonzerne in den neunziger Jahren Rekordgewinne einfahren.

Bayer erzielte allein im letzten Jahr einen Überschuss von 3,6 Milliarden Mark und kam damit auf Platz acht der hundert deutschen Unternehmen mit den höchsten Jahresüberschüssen (FAZ vom 3. Juli 2001).

Der Medikamenten-Skandal um das Cholesterin senkende Mittel Lipobay gehört nur zu den „Risiken und Nebenwirkungen“, die ein Konzern wie Bayer gern bereit ist, im Zuge des kapitalistischen Konkurrenzkampfs in Kauf zu nehmen.

Medikamentenzuzahlungen (1980: 1 Mark pro Rezept, mittlerweile 8 bis 10 Mark pro Medikament) und anderen Eigenleistungen belastet.

### Neue „Reform“

Laut SPD-Gesundheitsexperte Dressler geben die Kassen rund 6 bis 7 Milliarden Mark jedes Jahr für Medikamente von zweifelhaften Nutzen aus, doch daran was zu ändern, ist nicht gedacht. Eine sogenannte Positivliste, auf der die wirksamen Medikamente verzeichnet sind, wird seit Jahren verhindert. Was jetzt kommen soll, ist eine Liste, auf der steht, was die Kassen noch bezahlen wollen. Und das hat nichts mit der Wirksamkeit zu tun: Grippe- oder Schmerzmittel oder Medikamente gegen niedrigen Blutdruck stehen da zum Beispiel nicht drauf.

Die jetzt geplanten Reformen unter SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt werden nichts ändern an explodierenden Kosten, streichenden Kassen und weiteren Erhöhungen der Beitragsätze.

### Die wahren Ursachen

Die Bundesregierung ist der Meinung, dass mit marktwirtschaftlichen Mitteln alles besser funktionieren würde. Das erklärte Ziel ist eine gesteigerte Wirtschaftlichkeit. Doch damit ist keine bessere Versorgung oder die Einschränkung von Geldverschwendung



gemeint. Bei der Rechtsformänderung geht es darum, weniger Geld für Patienten und Personal auszugeben. Es geht darum, Leistungen zu streichen, und die Beschäftigten mehr und schneller arbeiten zu lassen. Letztlich will die Gesundheitsversorgung weiter verschlechtert. Besonders alte Menschen, die oft nur kleine Renten beziehen, sind Opfer dieser „Sparmaßnahmen“. Unserer Meinung nach dürfen notwendige Dienstleistungen wie das Gesundheitswesen nicht den Grundsätzen der „Wirtschaftlichkeit“ unterworfen werden. Jeder soll die Behandlung bekommen, die er braucht, unabhängig davon, wie viel es kostet. Gesundheit ist ein Recht und keine Ware. „Wirtschaftlichkeit“ im Gesundheitswesen bedeutet: Jeder bekommt nicht mehr die Hilfe, die er braucht, sondern nur noch die, die er bezahlen kann. ■

Weltwirtschaft

# Cash, Crash, Crisis

Rückgang der Produktion, Masseneinstellungen, Fall der Aktienkurse: ob Amerika, Asien oder Europa, aus allen Wirtschaftsräumen kommen die selben Nachrichten. Die Weltwirtschaft bewegt sich in eine allgemeine Rezession. Das wollen die Gesundheitsräte des globalen Kapitalismus zwar immer noch nicht wahr haben, aber gleichzeitig haben sie schon viele verschiedene Erklärungen für diese Krise parat: der gestiegene Ölpreis, die hohen Löhne, die Politik. Nur auf eine Erklärung kommen sie nicht: darauf, dass der Kapitalismus selbst die Ursache für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft sein könnte.

Von Angela Bankert, Köln

Fangen wir mit einem Widerspruch im Kapitalismus an, den jede/r kennt: Alle Unternehmer wollen ihren Beschäftigten möglichst wenig Lohn bezahlen, aber alle wollen möglichst viel produzieren und verkaufen.

Die Anarchie der Marktwirtschaft hat zum Aufbau riesiger Überkapazitäten geführt, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Rund ein Drittel der Kapazitäten der internationalen Autoindustrie

**„Es scheint, dass die Kehrseite der Globalisierung eine globale Wirtschaftskrise sein könnte“**

(London Evening Standard, 30.7.01)

liegt brach. Die US-Industrie insgesamt verzeichnet derzeit nur noch einen Auslastungsgrad von 77 Prozent.

Überproduktion und deflationäre Tendenzen (Preisverfall) gibt es in der gesamten Weltwirtschaft: in der Autoindustrie, im Flugzeug- und Schiffbau, in der Stahlproduktion. Ein Hintergrund für die Welle von Großfusionen ist auch die „Bereinigung“ der Märkte und Stilllegung von Kapazitäten.

### Überkapazitäten

Seit dem ökonomischen Wendepunkt der Nachkriegszeit, der internationalen Rezession von 1974/75, hat dieses Problem immer schärfere Formen angenommen und eine Reihe von Folgerscheitern nach sich gezogen. Anders als in den Konjunkturrisiken zuvor wurden diese Überkapazitäten in den Weltwirtschaftskrisen 1974/75, 1980-82 und 1989-93 nur zum Teil abgebaut und in die nächsten Aufschwung mitgeschleppt.

Der Kapitalismus war nicht nur in zeitweilige konjunkturelle Tiefen geraten, sondern steckt seitdem in einer strukturellen Krise. Der Profit- und Konkurrenzmechanismus sorgt für ungeheure Anhäufung von Kapitalmassen auf der Suche nach möglichst profitablen Anlagemöglichkeiten, mit denen das Wachstum der Märkte nicht Schritt halten kann.

Auf der Jagd nach Rendite blähen sich die internationalen Finanzmärkte seitdem immer mehr auf. Die ganzen letzten 25 Jahre waren in den Industrieländern gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit, Krise der Staatsfinanzen und wachsende Verschuldung, Ebbe in den Sozialkassen und Rotschuldenpolitik. Es gab sta-

gnierende oder sinkende Reallohne, und nur für kleine Schichten abhängig Beschäftigter mehr Wohlstand, oft auf Pump, dafür wurden immer größere Schichten in Armut oder in die wachsende Armee der arbeitenden Armen gestoßen, die sich wie in den USA nur mit 2-3 schlecht bezahlten Jobs über Wasser halten.

### Kapitalismus auf Pump

Im Vergleich zum langen Nachkriegsaufschwung von 1950-74 waren die Aufschwungsphasen eher schwächlich und basierten vor allem auf verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft, staatlichen Maßnahmen der Umverteilung zugunsten des Kapitals und Ausplünderung der Dritten Welt. Liberalisierung des Handels, Privatisierung und Ausverkauf öffentlichen Eigentums, Steuerreformen vor allem zum Nutzen für Großkonzerne und Banken, Abbau sozialer, ökologischer und arbeitsrechtlicher Standards wurden durchgezogen.

Der Kapitalismus zehrt zunehmend von der Substanz und lebt auf Pump. Die Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Konsumenten wuchs ins Gigantische und steht auf weltweit historischem Rekordniveau.

Selbst die USA wurden in dieser Zeit von der größten Gläubiger- zur größten Schuldnernation der Welt. Dies sind sie immer noch, trotz des Geredes über Haushaltsüberschüsse, denn diese beziehen sich nur auf den Primärhaushalt (Jahressteuereinnahmen gegenüber Jahresausgaben), nicht auf die angehäufte staatliche Gesamtverschuldung.

Trotz allem konnten die internationalen Rezessionen Anfang der 80er und Anfang der 90er Jahre nicht verhindert werden.

Heute erleben wir den Beginn einer neuen Weltwirtschaftskrise. Eine ganze Reihe von Staaten sind bereits in der Rezession, Länder wie Argentinien oder die Türkei in der katastrophalen Krise. Japan taucht nach zehn Jahren Stagnation wieder in die Rezession, die US-Wirtschaft befindet sich im Abschwung. Und Europa verzeichnet rückläufiges, mageres Wachstum und wird keine Insel der Seligen bleiben. Die Börsenkurse am Neuen Markt sind weltweit eingebrochen, die am alten Markt rutschen ab.

„Es hat keine 'weiche Landung' gegeben, sondern die harte Landung steht in den USA und Europa erst noch bevor“, schrieben vor 1999, als die Neuen Märkte zu ihrem Börsenhöhepunkt ansetzten und alle Experten von einer überwindenen Konjunkturdelle sprachen.

Welche Auswirkungen wird die Krise haben? Ein Blick auf Japan kann vielleicht eine Vorstellung davon geben.

### Japan

Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre platze in Japan die Spekulationsblase, weil Aktien und Immobilien völlig überbewertet und losgelöst von den realwirtschaftlichen Daten waren. Auf dem Höhepunkt des Booms lag der japanische Aktienindex Nikkei einmal bei 39.000 Punkten und nichts schien den weiteren Höhenflug aufhalten zu können. Seit Einbruch der Krise vor 10 Jahren ist er selten noch über 20.000 hinausgekommen, derzeit liegt er um die 12.000 Punkte.



„Die globale Industrieproduktion ging zum ersten Mal seit möglicherweise zwei Jahrzehnten im ersten Halbjahr 2001 im Jahresvergleich um 6 Prozent zurück. Willkommen bei der ersten globalen Rezession im 21. Jahrhundert“ (Economist vom 4. August 2001)

Mit der Krise wurden die Werte vernichtet, auf denen die Kreditblase fußte, und die japanischen Banken sitzen bis heute auf einem Berg von faulen Krediten, die einmal durch hohe Aktien- und Immobilienwerte abgesichert schienen.

Ein im Grunde ähnlicher Vorgang wiederholte sich 1997 beim Crash in Südosstasien, hier noch gepart mit einem Zusammenbruch der Währungen, nachdem man zu Beginn der Krise krampfhaft an einem festen Wechselkurs zum Dollar festgehalten hatte, um internationale Geldgeber nicht zu verschrecken.

Vorausgegangen waren immer ein Rückgang der Gewinne und Absatzerwartungen, bedingt durch Überproduktion beziehungsweise Überkapazitäten.

Seit Anfang der 90er steckt die japanische Wirtschaft in einer langgezogenen Stagnation und Depression, begleitet auch von einer Deflation, also Rückgang der Marktpreise: für Verbrauchsgüter, aber auch für Immobilien, Aktien, Vermögenswerte und Geld, nämlich billiges Geld für extrem niedrige Zinsen (derzeit 0,1 Prozent). Zehn riesige staatliche Konjunkturprogramme mit einem Volumen von insgesamt über 2 Billionen Mark wurden

aufgelegt, konnten die Probleme nur abmildern und verschieben.

Damit hat Japan seit Anfang der 90er doppelt soviel für Konjunkturprogramme ausgegeben wie der deutsche Staat für die Vereinigung. Das politische System geriet in die Krise, Spaltung der Regierungspartei LDP, häufige Regierungswechsel waren die Folge, auch ein gewisser Zustrom zu linken Protestparteien wie der KP Japans, zumal die alte sozialdemokratische Partei ebenso wie in Europa zu einer zweiten bürgerlichen Partei verkam.

Das Grundproblem der Überakkumulation von Kapital, von Überkapazitäten und schwachen Märkten wurde nicht gelöst, und kann auch im Rahmen des Kapitalismus nicht gelöst werden. Der Widerstand einer Krise durch Überflüssig kann nur durch eine demokratische Planung der Wirtschaft beseitigt werden. Eine Aufgabe, die sich der Arbeiterbewegung ganz praktisch stellt, weil die jetzige Krise noch viel schwerwiegendere Auswirkungen haben wird als bisher in Japan.

Das Grundproblem der Überakkumulation von Kapital, von Überkapazitäten und schwachen Märkten wurde nicht gelöst, und kann auch im Rahmen des Kapitalismus nicht gelöst werden.

Der Widerstand einer Krise durch Überflüssig kann nur durch eine demokratische Planung der Wirtschaft beseitigt werden. Eine Aufgabe, die sich der Arbeiterbewegung ganz praktisch stellt, weil die jetzige Krise noch viel schwerwiegendere Auswirkungen haben wird als bisher in Japan.

### Schlechtere Ausgangslage

Japan geriet in die zehnjährige Depression von einer relativ guten Ausgangsposition, als das Land weltweit als Modell gepriesen wurde: Exportweltmeister, Haushaltsüberschüsse, kaum Staatsschulden, relativ hohe Beschäftigung und lebenslange Jobgarantie in Großkonzernen.

Die Ausgangslage der anderen In-

dustriestaaten heute sieht wesentlich düsterer aus, entsprechend schlimmer wird sich die Krise auswirken.

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich bisher in jeder Rezession die Arbeitslosigkeit verdoppelt: von 400.000 auf 1 Million 1974/75, von 1 Million auf 2 Millionen 1980-82, von 2 Millionen auf 4 Millionen 1992-94, parallel stiegen Armut, die Zahl der Sozialhilfeempfänger und Ausgegrenzten.

Schon in den letzten Monaten haben eine Reihe von Konzernen den Abbau von zehntausenden Arbeitsplätzen angekündigt.

Davon betroffen sind nicht nur gering qualifizierte Arbeit, sondern auch Hightech-Jobs wie bei Siemens-Tochter Infineon oder bei Banken.

Finanziellen Spielraum für staatliche Konjunkturprogramme in Ausmaßen wie in Japan seit Anfang der 90er gibt es hier und auch in anderen Staaten nicht mehr.

Der weitere Verfall der Aktienkurse oder ein Crash an den Finanzmärkten wird direkte Auswirkungen auch auf viele Privathaushalte haben, besonders in den USA. Das Märchen vom Aktienarbeitsglück für jede/n ist dann ausgeträumt, Sparvermögen vernichtet und die private Altersvorsorge auch bei mittleren und besser verdienenden Einkommenschichten in Gefahr.

Einmal mehr wird wachsenden Teilen der Bevölkerung klar werden: Entweder wir schaffen den Kapitalismus ab – oder er schafft unsere Existenzgrundlagen ab.

Die heutige Bewegung der „Globalisierungsgegner“ wird dann als Vorläufer weltweiter Klassenkämpfe gegen den Kapitalismus betrachtet werden.

## Ihr da oben ...



### Umverteilungssteuer

Mehrfach haben wir in der VORAN geschrieben, die Ökosteuer sei keine Ökosteuer sondern eine Umverteilungssteuer zugunsten der privaten Wirtschaft. Jüngste Berichte bestätigen das: „Tatsächlich bleibt das produzierende Gewerbe dank Sonderregelungen weitgehend von der Steuerpflicht verschont. Laut Subventionsbericht belaufen sich die Vergünstigungen auf satte 4,5 Milliarden Mark. Während die privaten Haushalte per saldo kräftig belastet werden, gehört die Industrie nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) sogar zu den Gewinnern des rot-grünen Paragrafenwerkes. Grund: Die Entlastung bei der Rentenreform ist größer als die tatsächlich gezahlte Ökosteuer.“ (Die Zeit vom 28.6.2001)

### Freiheit?

Das Amt zur Verwaltung der Arbeitslosigkeit heißt nicht Arbeitslosenamt, sondern Arbeitsamt. Die Rentenreform ist in Wahrheit eine Rentendeckelung. An diese Sprachverdreherungen haben wir uns schon gewöhnt. Und was bedeutet das Lernmittel-freihaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen? Dass die Lernmittel frei sind? „Gemäß dem Lernmittel-freihaltungsgesetz müssen die Eltern in Sekundarstufe I einen jährlichen Eigenanteil von 38,88 Mark für die Anschaffung von Schulbüchern aufbringen.“ Zitat aus dem Schreiben eines Gymnasiums in Nordrhein-Westfalen.

### KomproMist

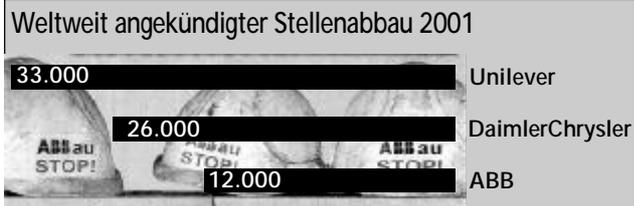
Ursprünglich wollte die rot-grüne Bundesregierung die Stromkonzerne per Gesetz zum Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung zwingen. Die Stromkonzerne wollten aber lieber eine „freiwillige Selbstverpflichtung“. Herausgekommen ist ein typischer Kompromiss nach Art von Rot-Grün. Gezungen werden jetzt per Gesetz die Verbraucher: Sie müssen nämlich für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung drei Pfennig pro Kilowattstunde zusätzlich an die Stromhersteller bezahlen. Die Stromkonzerne verpflichten sich im Gegenzug freiwillig, den erwarteten Betrag von über acht Milliarden Mark entgegen zu nehmen.

### Kapitalismus in Zahlen

Über eine Milliarde Menschen sind weltweit arbeitslos oder stark unterbeschäftigt. Das stellt die International Labour Organization (ILO) in ihrem Anfang Juni vorgestellten Bericht fest. 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung weltweit habe keine oder nur eine ungenügende Kranken- und Rentenversicherung. Soziale Sicherheit sei für den weitaus größten Teil der Weltbevölkerung immer noch ein unerfüllbarer Traum.



## ... wir hier unten



## Call-Center

# Zukunftsjobs oder Fließbänder mit Kopfhörer?



In den letzten Jahren wurden die Arbeitsplätze in Call-Centern (CC) als „Zukunftsjobs“ angepriesen. Viele junge Menschen, die genug hatten von dem Almosen, was sie in kaufmännischen Jobs in kleinen Klitschen, bei Ärzten und Rechtsanwältinnen verdienten oder die sich ihr Studium finanziell nicht mehr leisten konnten, haben die Gelegenheit genutzt und in einem der besser bezahlenden CC in der IT-, Telekommunikations- oder Versicherungsbranche angeheuert. Nahezu jeder Ort – Hamburg, Köln und etliche mecklenburgische Dörfer – wollte zur „Call-Center-Hauptstadt“ werden. Politiker lobten die Schaffung von Arbeitsplätzen – bis heute ungefähr 300.000 – und machten Subventionen locker, um die Ansiedlung von CC schmackhaft zu machen. Einen Zuwachs an Arbeitsplätzen brachten diese unter dem Strich nicht. Zwar entstanden neue Arbeitsplätze in Branchen wie Mobilfunk und Online-Diensten, doch diese Branchen erlebten ohnehin einen Boom. In vielen Bereichen wurden lediglich qualifizierte Sachbearbeiter-Stellen abgebaut und durch gering oder teilqualifizierte „Call-Center-Agents“ ersetzt. Viele junge Leute ohne Erfahrungen in Großbetrieben oder gar gewerkschaftlicher Tätigkeit gingen in die CC. Sie haben meist mit viel Enthusiasmus und guter Laune angefangen. Unternehmer hofften, sie könnten dies ausnutzen und gewerkschafts- und widerspruchsfrei Zonen aufbauen. Das ging jedoch nur teilweise auf. Bei der Citibank in Duisburg hat schon 1999 der erste große Ar-

beitskampf in einem CC stattgefunden. Auch in Berlin haben sich Beschäftigte organisiert und in mehreren Streiks gezeigt, dass sie sich nicht alles gefallen lassen. Viele CC haben ohnehin nichts anderes als Billigjobs geboten. Bei denjenigen, die mit besseren Leistungen warben, ist der Lack ab. T-Online will das bisher firmeneigene CC auslagern und somit die Löhne drücken. Bei E-Plus-Mobilfunk wurden noch vor zwei Jahren händelnde Leute gesucht, heute gibt es dort einen Einstellungsstopp. CC bieten keine Qualifikation und somit keine Absicherung. Sie tragen nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung bei, sondern können nur florieren, wenn es in der jeweiligen Branche ohnehin boomt. Viele dieser Jobs werden einfach verschwinden. Mit den CC haben in großem Maßstab US-Management-Methoden wie die dauernde Überwachung am Arbeitsplatz und die Einbeziehung der Beschäftigten in die Intensivierung und Rationalisierung der eigenen Arbeit durch die „Team“-Organisation Einzug gehalten. Die Aufhebung der alten Sachbearbeiter-Gliederung hat auf den ersten Blick zu einer stärkeren Gleichberechtigung der Beschäftigten geführt. Es gibt nur noch wenige Vorgesetzte und „wir duzen uns auch alle“ – aber es gibt auch so gut wie keine Chancen, aufzusteigen, sich weiterzubilden oder mal eine andere Arbeit zu machen. Entweder ganztägig telefonieren oder raus bist du. Diese zwei Berichte aus Köln geben einen Einblick in den Arbeitsalltag der auch „Hotliner“ genannten CC-Beschäftigten.

## „Um Service ging es dabei nicht“ Angela D., Köln Versicherungsbranche

„Vor drei Jahren fing ich im Call-Center einer großen Versicherung an. Ich wusste zu diesem Zeitpunkt nichts, aber auch gar nichts über Versicherungen, aber darum ging es auch gar nicht. Ich wurde kaum geschult. Die Qualität meiner Antwort oder ob ich überhaupt eine Antwort wusste, war egal. Nur hatte es leider zur Folge, dass mich die Kunden anfangen zu beschimpfen, dass ich ja überhaupt keine Ahnung hätte. Ich habe irgendwann auch mal die eine oder andere Schulung bekommen oder mir die eine oder andere Sache selbst beigebracht, mit dem Ehrgeiz, mich nicht total zu blamieren. Für den Versicherungskonzern geht es darum, qualifizierte Mitarbeiter einzusparen, indem Studierende ihnen die Kunden vom Leib halten. Die Versicherung konnte dank uns mit einem „24-Stunden-Service“ werben. Um Service geht es dabei allerdings nicht. Das zeigt sich auch daran, dass die Geschäftsführung am liebsten nur 80 Prozent aller eingehenden Anrufe beantwortet haben will. Das kommt aus der Überlegung heraus, dass, wenn alle Anrufe bearbeitet werden, die Mitarbeiter zu oft keinen Anruf in der Leitung haben, immer dann, wenn ausnahmsweise einer weniger anruft. Arbeit im CC ist Fließbandarbeit und absoluter Dauerstress, denn kein Anruf ist vorhersehbar. Zu allem Überfluss gibt es auch noch Teams, obwohl die Arbeit wohl am allerwenigsten mit Teamarbeit zu tun hat, da man mit einem Kopfhörer abgeschottet vom Drumherum auf einen Bildschirm starrt. Ich hatte mich auch nach all der Zeit nicht an diesen Job gewöhnt. Während der Arbeit fühlte ich mich ständig wie nach zwei Kannen

Kaffee zu viel. Hörstürze gibt es oft, eine Kollegin von mir hatte allein vier, eine andere ist einfach mitten im Büro umgefallen und hat angefangen zu kotzen. Durchschnittlich arbeitet man dort nicht länger als einhalb Jahre in einem CC. In dem Versicherungs-Call-Center gab es einen zusätzlichen Stressfaktor – die Einzelplatzauswertung. Der „Teamleiter“ kann sehen, wie lang du auf dem Klo warst, wie viele Anrufe du die Stunde annimmst, wie häufig du Pause machst oder wie lange du nach einem Telefonat brauchst. Nicht selten bin ich wegen zwei oder drei Minuten Überziehen der Pause angesprochen worden. Es gab sogar Fälle, in denen der Teamleiter den Angestellten aufs Klo gefolgt ist. Ich arbeite jetzt nicht mehr dort – und das ist auch eine beachtliche Geschichte. Zwei mal hintereinander ist mein Aushilfsvertrag um ein Jahr verlängert worden. Beim dritten Mal, das ist gesetzlich festgelegt, hätte ich einen Festvertrag bekommen müssen. Dies wollte mein Arbeitgeber verhindern, also bot er mir und den anderen Aushilfen Anfang dieses Jahres an, sich unter denselben Bedingungen über eine Zeitarbeitsfirma weiter dort beschäftigen zu lassen. Die Zeitarbeitsfirma hatte ihr Büro im CC und keine einzige andere Firma als Kunden. Mitte Mai – ich stand gerade mit einer anderen Aushilfskraft an der Kaffeemaschine – fragte man uns unerwartet, ob es uns möglich sei, unsere Arbeitzeiten in Zukunft festzulegen und die Arbeitsbedingungen völlig zu ändern, denn es fehle ihnen an bestimmten Tagen an Mitarbeitern. Ich sagte Nein dazu und hatte im selben Moment meinen Job verloren.“

## „Nervtötend im wahrsten Sinne des Wortes“ Dieter S., Köln, Mobilfunk-Bereich

„Ich war zwei Jahre im firmeneigenen Call-Center von E-Plus-Mobilfunk beschäftigt. Anders als in den meisten CC gibt es dort geregelte Arbeitsbedingungen, Vollzeit-Verträge und einen Betriebsrat. In Wirklichkeit ist die Arbeit bei E-Plus eine extrem unangenehme Mischung aus Stress und Langeweile zur gleichen Zeit. Du musst dich beim Telefonieren stark konzentrieren, hörst den ganzen Tag zu und redest. Hände, Augen, Ohren, Gehirn und der Sprachapparat sind stark angespannt. Du redest nicht deine eigene Worte, sondern die der Firma. Man fühlt sich, als ob einem die Firma nicht nur die Zeit nimmt wie bei anderen Jobs auch, sondern als ob einem auch Sprache, Ohren und Gehirn nicht mehr so richtig gehören. Du spulst immer die gleichen Formeln ab. Bei mir hat

das dazu geführt, dass ich fast im Minutentakt auf die Uhr geschaut habe. Dann habe ich gar nicht mehr draufgeschaut, aber konnte anhand der Zahl meiner Calls feststellen, wie spät es war. Ich habe den Job als nervtötend im wahrsten Sinne des Wortes erlebt. Vierzig Stunden pro Woche Telefonie gönne ich vielen meiner Feinde nicht, höchstens Politikern und Managern. Die einzige Lösung im Sinne der Beschäftigten ist die Abschaffung der einseitigen Hotline-Arbeit und ein zurück zu einer Kundenberater-Tätigkeit, wo man eine Bandbreite von verschiedenen Arbeiten – Telefonieren, schriftlicher Kundenkontakt, Recherche-Arbeiten innerhalb des Hauses usw. – ausübt. Das ist noch kein Paradies, aber besser als reiner Telefonterror.“

## Klinikum Stuttgart Gesamtpersonalrat fordert Nachschlag

Nachdem bekannt wurde, dass im Klinikum Stuttgart im ersten Halbjahr 1999 5,8 Millionen Mark Gewinn gemacht wurde und die Krankenkassen für 2000 an das Klinikum über 12 Millionen Mark nachzahlen, forderte der Gesamtpersonalrat (GPR), dass auch die Beschäftigten durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung davon was haben müssten. Schließlich haben sie durch erhöhte Arbeitsleistung bei höheren Fallzahlen, kürzerer Verweildauer der Patienten und mit weniger oder gleichbleibendem Personal dieses Geld erwirtschaftet. Konkret wurde

zum Beispiel gefordert, dass bei Mutterschutz- und Erziehungsurlaub die Ersatzstellen unbefristet und ab dem ersten Tag des Mutterschutzes erfolgen sollen, eine Ballungsraum-Fahrtkostenzulage von 200 Mark und für Bereiche mit schwieriger Personalgewinnung die so genannte „Vorweggewährung von Altersstufen“ entsprechend BAT.

In allen städtischen Kliniken wurde dazu Mitte Mai ein Flugblatt an die KollegInnen verteilt.

### Arbeitsshetze

Bei steigender Arbeitsbelastung und häufigen Überlastungssitu-

ationen ist es dringend nötig, die Arbeitsplätze im Klinikum (auch finanziell) attraktiver zu machen. Ansonsten droht ein weiteres Abwandern von Personal. Dabei brauchen viele Bereiche wie zum Beispiel die Psychiatrie im Bürgerhospitale eine dringende personelle Entlastung, vor allem in der Pflege, wo viele Beschäftigte schon auf dem Zahnfleisch daher kommen, weil sie seit Jahren steigende Fallzahlen bei vielen offenen Stellen bewältigen müssen. Offenbar sieht das die Geschäftsführung des Klinikums nicht so, denn ihre bisherige Reaktion auf die seit Mai vorliegen-

den Forderungen, könnte auf schwäbisch mit „Mir gäbet nix“ zusammengefasst werden.

### Beispiel Pilotenstreik

Die verdi-Betriebsgruppen im Klinikum haben im letzten „Krankenhaus-Info“ unter der Überschrift „Was wir von den Piloten lernen können: Es ist Zeit für einen finanziellen und personellen Nachschlag!“ die Forderungen unterstützt und festgelegt, dass zu Protestaktionen aufgerufen werden muss, falls die Geschäftsleitung sich nicht bewegt. Nach der Sommerpause sollte damit Ernst gemacht werden.

Denn sonst geht genau das weiter, was in dem Artikel gut beschrieben wird. Das Ergebnis von Lohnerhöhungen unter der Preissteigerungsrate (gleich Lohnsenkungen), Personalabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierungen und Ausgründungen mit Billiganbietern ist, „dass die Umverteilung des von unseren Händen geschaffenen Reichtums in die Hände der Kapitaleigner ungeheure Ausmaße angenommen hat. Bei uns bleibt immer weniger. Die Taschen der Reichen sind prall gefüllt – so prall, dass immer mehr Kapital zu Spekulationszwecken auf dem internationalen Aktienmarkt eingesetzt wird, statt es zu reinvestieren.“

### Dieter Janßen

Mitglied im Gesamtpersonalrat des Klinikums Stuttgart und im Sprecherat des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“

(\*Angaben der Funktionen dienen nur zur Information)



Mehr TeilnehmerInnen als in den letzten Jahren: Gemeinsam mit 3.000 anderen demonstrierten KollegInnen aus den Krankenhäusern am 1. Mai in Stuttgart gegen Arbeitslosigkeit. Jetzt fordern sie mehr Personal und einen Nachschlag beim Lohn

## Unterstützt den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition

Die beginnende Rezession und die bereits angekündigten Massenentlassungen stellen die Gewerkschaften vor eine der härtesten Bewährungsproben in der Nachkriegsgeschichte. Die Erfahrung mit jeder Rezession zeigt, dass die Gewerkschaftsführung keinen Widerstand leistet gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung. Die Spitzenfunktionäre, die bereits im zurückliegenden Aufschwung unter dem Druck der Unternehmer Errungenschaften aufgegeben und mit ihrer Tarifpolitik Reallohnabsenkung betrieben haben, werden uns in der Rezession noch mehr sinnlose Opfer zumuten wollen. Wegen der völligen Abgehobenheit der heutigen Gewerkschaftsführung, wegen ihrer Unterwerfung unter Unternehmerinteressen und deren Schröder-Regierung, ist der Aufbau einer starken innergewerkschaftlichen Opposition zur existenziellen Frage für die Gewerkschaftsbewegung geworden. Die SAV ruft deshalb alle LeserInnen auf. Beteiligt Euch am Aufbau der bestehenden Vernetzungen. Nehmt teil an den Treffen. Folgende bundesweites Treffen sind im Herbst geplant:

### Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

\*Arbeitsstagnation der Arbeitsgruppen Tarif- und Sozialpolitik 22. September, 10<sup>Uhr</sup> bis 16<sup>Uhr</sup> Uhr DGB-Haus in Stuttgart  
\*Viertes bundesweites Treffen der Gewerkschaftslinken 12./13. Oktober im DGB-Haus Stuttgart  
Nähere Infos unter: [www.labournet.de/GewLinke/](http://www.labournet.de/GewLinke/)

### Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Bundesweites Treffen am Samstag, den 24.11.2001 in Köln  
Nähere Infos unter: [www.freebox.com/netzwerk](http://www.freebox.com/netzwerk)

### ver.di

## 46.000 Mark am Tag für eine Bundeszentrale

Ihre neue Bundeszentrale lässt sich die Gewerkschaft ver.di richtig was kosten. 50 Millionen Mark soll die Miete für drei Jahre kosten – das sind 46.000 Mark am Tag. Dafür residiert man auch am Potsdamer Platz in den Park Kolonnaden.

In den Medien wird der Potsdamer Platz häufig als Symbol für das aufstrebende Berlin bezeichnet. In Wirklichkeit steht er gerade für den Filz und die Sellschaften, die Berlin in die Krise gebracht haben. So haben die Konzerne wie Daimler-Benz und Sony für ihre Grundstücke nur einen Bruchteil der normalen Grundstückspreise bezahlt. Pikanterweise gehört das ver.di-Gebäude auch noch dem Tochterunternehmen einer Bank, der Hypo Vereinsbank.

Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg versucht das gegen Kritik zu verteidigen: „Wir bekräftigen mit dieser Standortentscheidung unseren Anspruch auf politische und gesellschaftliche Einflussnahme im Interesse unserer Mitglieder.“ Ob das die Mitglieder auch so sehen, ist eine ganz andere Frage.

In Berlin wehren sich seit Jahren schon KollegInnen gegen den Ausverkauf des Öffentlichen Dienstes – ohne große Unterstützung der Gewerkschaft. Als Beschäftigte im Krankenhausbereich bei der damaligen Berliner otv-Chefin und heutigen Vorsitzenden von ver.di-Berlin um Unterstützung angefragt, wurde ihnen gesagt, dass es freizutage für die Gewerkschaften auf das „mitgestalten“ ankafe. Dieses Mitgestalten sieht dann zum Beispiel so aus, dass die Gewerkschaftsführung Privatisierungsschritten bei den städtischen Krankenhäusern zustimmte. 300 Beschäftigte, die sich darauf nicht einlassen wollten, wurden im Regen stehen gelassen. Ihnen droht jetzt die Entlassung.

Allein die drei Jahre Miete in den Kolonnaden entspricht dem durchschnittlichen Jahresbeitrag von rund 47.000 Mitgliedern. Es wird Zeit, dass wir dafür sorgen, dass dieses Geld im Interesse der KollegInnen und Kollegen genutzt wird.

Katja Raetz, Berlin



# Mach mit bei

Widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne! ist eine unabhängige Jugendkampagne. Schon in mehr als einem Dutzend Städten in den verschiedenen Teilen Deutschlands wurde die Kampagne in den letzten Monaten gestartet. Eine ganze Reihe von Gruppen wurden bereits ins Leben gerufen. Widerstand international! (WI) mobilisierte aktiv nach Göteborg, Genua und Bonn, um bei den Protesten gegen den EU-Gipfel, das G7/G8-Treffen und die Weltklimakonferenz den Herrschenden kräftig einzuhetzen. WI führt auch vielfältige Aktionen vor Ort durch, damit die Folgen des globalen Kapitalismus

angeprangert werden und die Verantwortlichen beim Namen genannt werden. WI will aber noch mehr. WI will Diskussionen darüber beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut werden kann, welche Forderungen vorgebracht werden sollten, welches Programm nötig ist. Darüber hinaus geht es WI auch darum, über Alternativen ins Gespräch zu kommen. Die Marktwirtschaft ist Murkswirtschaft. Aber was soll an ihre Stelle treten?

Es gibt 1.000 gute Gründe, jetzt aktiv zu werden. Mail: [widerstand\\_international@web.de](mailto:widerstand_international@web.de) Voicebox/Fax: (0180) 50 52 58 81 13 56

# widerstand international!



## Stuttgart „NO LOGO“-Aktion von WI

Die Stuttgarter Gruppe von Widerstand international führte am Samstag, den 30. Juni auf der Königsstraße eine Aktion gegen die Schutzkette Footlocker und die Arbeitsbedingungen, unter denen die Produkte von Footlocker hergestellt werden, durch.

### Sweatshops

Nike, Gap etc. lassen ihre Produkte in so genannten „Sweatshops“ herstellen, in denen die Beschäftigten unter katastrophalen Bedingungen arbeiten müssen. Sie erhalten keinerlei rechtliche Absicherungen. Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, wird ihnen von den Großkonzernen verweigert. So sind die ArbeiterInnen Schikanen schutzlos ausgesetzt. Besonders betroffen sind junge Frauen in den unterentwickelten Ländern, aber auch zum Beispiel in den USA werden vor allem ImmigrantInnen in „Sweatshops“ besonders ausgebeutet.

### Die Aktion

Etwas 25 AktivistInnen von WI gingen zu Beginn der Aktion in den Footlocker und machten mit Reden und Flugblättern auf die Produktionsweise von Nike & Co. aufmerksam. KundInnen und auch MitarbeiterInnen waren an Diskussionen interessiert, der Geschäftsführer drohte jedoch sofort mit Anzeigen und der Polizei. Wir beschlossen – noch vor dem Eintreffen der Polizei – die Aktion vor dem Geschäft fortzusetzen, um noch mehr Menschen zu erreichen.

Mit einem Transparent, weiteren Reden und den Flugblättern zogen wir die Aufmerksamkeit vieler PassantInnen auf uns und klärten sie über die „Sweatshops“ auf. Als die Polizei eintraf, versuchte sie uns daran zu hindern, weiter Flugblätter zu verteilen und Reden zu halten. Trotz der Einschüchterungsversuche von Geschäftsleitung und Polizei konnten wir die Aktion jedoch zu Ende führen und viele KundInnen und PassantInnen erreichen, die an Informationen und Diskussionen interessiert waren.

Unser Ziel, auf die Produktionspraxis der Konzerne aufmerksam zu machen, erreichten wir. Auch haben wir WI und unsere Forderungen durch diese Aktion in Stuttgart bekannter gemacht.

### Auf den Flugis und in Reden forderten wir:

- ☉ Vergesellschaftung von Nike, Gap, Hilfiger & Co.
- ☉ Demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die Allgemeinheit, auch in den zuliefernden Produktionsstätten international
- ☉ Volle gewerkschaftliche Rechte für alle Beschäftigte international
- ☉ Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften
- ☉ Für eine international gerechte, demokratisch geplante, sozialistische Wirtschaft

### Wir lassen uns nicht einschüchtern

Alle, die an der WI-Aktion beteiligt waren, erhielten später die Androhung eines Verfahrens wegen Hausfriedensbruchs. Auch wenn es rechtlich keine Grundlage für solche Anklagen gibt, versuchen die Herrschenden aus politischen Gründen, uns zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Wir werden dies nicht zulassen und WI in Stuttgart weiter aufbauen und weitere Aktionen gegen weltweite Ausbeutung und für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft durchführen.

David Matrai, Stuttgart

## Auf nach Brüssel Großdemo gegen den EU-Gipfel

Seit Göteborg befinden sich die Herrschenden in Belgien in heller Aufregung: Schon jetzt werden Zehntausende DemonstrantInnen gegen den Gipfel der Europäischen Union (EU) in Brüssel am 14. Dezember erwartet. Gegen die beiden Vortreffen der EU-Minister am 21. September in Lüttich und am 19. Oktober in Gent sind ebenfalls Proteste geplant.

Deshalb führt die belgische Regierung mit Hilfe der Medien eine massive Hetzkampagne gegen die „Polit-Hooligans“ durch, um linke AktivistInnen zu kriminalisieren und die Bewegung damit zu schwächen. Besonders International Verzet (IV, Widerstand international in Belgien), das bereits Gruppen in 14 verschiedenen Städten aufgebaut hat, steht dabei unter Beschuss und wird als Steinewerferverein dargestellt. So wurden zum Beispiel IV-Mitglieder großzügig zu einem Fernsehinterview eingeladen – allerdings nur unter der Bedingung, dass sie ganz in Schwarz und mit Sturmhauben erscheinen (was sie natürlich ablehnten). Doch seit Genua ist sowieso klar, dass die wahren Gewalttäter Uniformen und schwarze Anzüge tragen.



„Ihr seid G8 – wir sind 6.000.000.000“ Transparent des Genua Social Forum, das am 21. Juli an der Spitze der Demo getragen wurde

### Stopp! die EU-Bonzen und Bosse!

Das Schengener Abkommen, Privatisierungen und Sozialkürzungen in allen EU-Ländern – unter dem Deckmantel des Euro: Die Bilanz der EU-Gipfel der letzten Jahre sind vor allem eine Menge Angriffe

auf die Masse der Bevölkerung. Und auch in Brüssel wird es den EU-Bonzen nur darum gehen, wie sie die Interessen der Banken und Konzerne noch effektiver auf unsere Kosten durchsetzen können.

Deswegen: Auf nach Brüssel! Lasst uns den Bossen und Bonzen zeigen, was wir von ihrer

Politik halten!

### Internationale Jugendkonferenz

Einer der Slogans in Genua war „Eine andere Welt ist möglich!“ Die Erfahrungen in Genua und den anderen internationalen Demonstrationen werfen die Frage nach einer Alternative zum kapitalistischen Profitsystem auf. Deshalb veranstalten International Verzet und die schwedische Jugendorganisation Elevkampanjen eine internationale Jugendkonferenz in Brüssel am 15. Dezember. Dort soll über eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung und über eine sozialistische Alternative diskutiert werden. Jeder und jede sind eingeladen, ihre eigenen Ideen und Vorschläge einzubringen und darüber zu diskutieren, wie wir eine internationale Jugendorganisation aufbauen können, die den Kampf gegen den globalen Kapitalismus weiterbringen kann.

Conny Dahmen, Aachen

## Freiheit für Hannes Heine

Mehr als zwei Monate nach den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg sitzen immer noch eine Reihe von DemonstrantInnen in Haft. Während die Ermittlungen gegen die schießwütigen Polizisten nicht voran kommen, sind eine Reihe von DemonstrantInnen zu zum Teil drastischen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Unter ihnen ist der 19-jährige Gewerkschafter Hannes Heine aus Berlin, Mitglied des Landesbezirksjugendvorstandes der IG Medien Berlin-Brandenburg. Er wurde auf Grund der Aussage eines einzigen Zivilpolizisten, der ihn sieben Stunden nach einer Demo als einen der verummumten Aktivisten erkannt haben will, zu 14 Monaten Haft verurteilt. Vor dem Prozess saß Hannes wochenlang in einer 6 qm großen Zelle ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt und ohne zu wissen, was ihm eigentlich vorgeworfen wird.

**Protestbriefe an:**  
Justitieombudsmannen  
Riksdagens ombudsman  
Box 163 27  
103 26 Stockholm Schweden  
[justitieombudsmannen@riksdagen.se](mailto:justitieombudsmannen@riksdagen.se)

**Solidaritätsbriefe an:**  
Hannes Heine  
c/o Häkett, Göteborg  
Box 216  
S-40123 Göteborg Schweden  
Solkonto: SEB-Bank in Berlin, BLZ: 100 101 11  
Konto-Nr.: 1496831900  
Kontoinhaber: Landesjugendvorstand der IG Medien

## Kein Verkauf der Schulen in Hamburg!

Die Schulgebäude in Hamburg sollen verkauft werden. – an die AMC GmbH & Co. KG. Dieses (noch) städtische Unternehmen soll die Schulgebäude „unter kaufmännischen Gesichtspunkten verwalten“ und dann weiter vermieten. Dieser neue Mieter wird dann die Schulen betreiben, den Strom ankaufen, die Hausmeister beschäftigen – und die Gebäude an die Schulen zurückvermieten. Genannt wird dies Effizienzsteigerung und Ressourcenmanagement. Wirtschaftliche Kriterien bestimmen künftig, was mit unseren Schulen passiert. Das heißt: Mit der Immobilie Schule soll Geld gemacht werden.

Künftig bestimmen nicht also mehr in erster Linie die Bedürfnisse von SchülerInnen und LehrerInnen, was mit den Gebäuden passiert. Die Schulgebäude sollen nun möglichst gewinnbringend vermietet werden. Statt einer günstigen selbstverwalteten Cafeteria dann in

Zukunft ein McDonald's? Statt Grünpflanzen oder selbstgestalteten Graffiti-Bildern bald Großwerbeflächen für Pokémon? Wieder einmal steht damit der Profit über unseren Interessen.

Schon seit Jahren verschlechtert sich die Situation an unseren Schulen. In Hamburg wurden seit 1994 laut der Lehrer-Gewerkschaft 1.800 Lehrerstellen eingespart. Die Lernbedingungen verschlechtern sich ständig (zum Beispiel immer größere Klassen). Unsere Lehrer werden immer älter; Jüngere werden kaum eingestellt. Die Schulbücher sind meist veraltet, die Gebäude oft baufällig. Schulen sollen geschlossen werden, weil es angeblich zu wenig SchülerInnen gibt (zum Beispiel Bruno-Tesch-Schule).

Immer öfter werden Schulfeste und Anschaffungen (z.B. Computer) von Sponsoren finanziert. Der Einfluss der Unternehmen auf die Schulen wächst. Auch direkte Unternehmens-Werbung ist seit einiger Zeit in den Schulen nicht mehr

verboten. Wohin das führt, zeigt ein Beispiel aus den USA. Dort hat ein Radiosender Schulen (insgesamt 8 Millionen SchülerInnen) mit Fernseher, Video und Computern ausgerüstet. Im Gegenzug verpflichteten sich die Schulen, täglich 12 Minuten dieses Senders im Unterricht zu übertragen.

### Widerstand ist nötig!

Wir haben die Nase voll davon, dass sich Schule und Unterricht an den Interessen der Wirtschaft orientieren. Bildung darf nicht zur Ware werden! Mit der Sozialistischen Alternative (SAV) kämpfen wir gegen den Ausverkauf der öffentlichen Bildung, für ein massives Investitionsprogramm in Schulen, Unis und Berufsausbildung. Wir brauchen ein Bildungssystem, das unabhängig von Unternehmehand ist. Bildung muss demokratisch kontrolliert werden – von SchülerInnen, Studierenden, Azubis, Lehrpersonal, Gewerkschaften und Staat.

Die SAV Hamburg wird in den nächsten Wochen mit einer Unterschriftensammlung und Protestaktionen auf den Verkauf der Schulen und die Situation im Bildungsbereich aufmerksam machen.

### Wir schlagen außerdem vor:

- ☉ Gründung von Aktionskomitees gegen den Schulverkauf
- ☉ Widerstand gegen jede Form des Sponsorings und der Einflussnahme von Unternehmen an Schulen und Unis
- ☉ Streik- und Protesttag der SchülerInnen, Auszubildenden, Studierenden und Lehrkräfte gegen den Schulverkauf und die Kommerzialisierung der Bildung, organisiert von SchülerInnenkammer, Studierenden- und Auszubildendenvertretungen, Gewerkschaften



und „Regenbogen – für eine neue Linke“  
Jörn Kropbach, Lehrmittlungsstellen, und Sylla Kahl, Mitglied der

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Weitere Infos und Unterschriftenlisten können unter 0178-20 68 489 bestellt werden

# Stoppt den globalen Privatisierungswahn



Der seit Mitte der 70er Jahre anhaltende Niedergang des Kapitalismus ist die eigentliche Ursache für die Privatisierungswelle in den 80er und 90er Jahren. Zu diesem Zeitpunkt war der Kapitalismus bei der Jagd nach neuen Märkten erneut an Grenzen gestoßen. Deshalb konnten die Unternehmer nicht mehr durch Erweiterung der Produktion ihre Profite maximieren. Vor über hundert Jahren eroberte der Kapitalismus neue Märkte durch die Ausbeutung der Kolonien. Heute erleben wir einer Art zweite, innere, Kolonisierung.

Öffentliches Eigentum wird vermarktet. Öffentliche Dienstleistungen sollen durch Privatisierung für die Profitproduktion aufgegeben werden. Der Zusammenbruch der Staatswirtschaften in der Sowjetunion, Osteuropa und anderswo hat für den Kapitalismus scheinbar die letzten ideologischen und globalen Grenzen seines Privatisierungswahns niedergelassen. Privatisierung ist zu einem Hauptbestandteil neoliberaler Globalisierung geworden. Keine öffentliche Einrichtung ist mehr davor sicher, dem Profitsystem ausgeliefert zu werden.

Als Totschlag-Argument für Privatisierungen werden die Schulden der öffentlichen Haushalte ins Feld geführt. Angeblich sollen diese Schulden mit Privatisierungserlösen abgebaut werden. Die Staatskassen sind aber leer, weil sie systematisch geplündert wurden – durch Steuerenkungen für die Konzerne, Banken, Einkommens- und Vermögensmillionäre, sowie durch legale und illegale Steuerflucht der Reichen und Superreichen. Und die Folge der Privatisierungen trägt wiederum zu einem Ansteigen der Staatsschulden bei, weil private Unternehmen der Gesellschaft teuer zu stehen kommen.

## Weg mit EU-Richtlinien und GATS

Die Institutionen der globalen Herrschaft der Konzerne und Banken, IWF, Weltbank, WTO und EU, werden immer dreister bei ihren Privatisierungsplänen. Ungeduldet der massiven Proteste in Seattle begannen die Welthandelsorganisation WTO im Frühjahr Verhandlungen über die weitere Liberalisierung des Dienstleistungshandels im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, kurz GATS). Der Schwerpunkt dieser Verhandlungen liegt dabei auf den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung. All diese Sektoren sollen weltweit privatisiert werden. Multinationalen Konzernen soll der Zugriff auf diese Sektoren in jedem Land ermöglicht werden, wobei sie in einzelnen Ländern erkrankte Umweltauflagen, Verbraucherschutzbestimmungen, Arbeitsschutzbestimmungen usw. als „handelsbeschränkende“ unzulässige Einschränkung aushebeln können. Die Investmentagentur Merrill Lynch sagt zum Beispiel voraus, dass die öffentliche Bildung in den nächsten 10 Jahren weltweit privatisiert wird.

## Widerstand gegen Privatisierung wächst

Je länger die Erfahrungen mit Privatisierung, desto härter der Widerstand. Dies ist inzwischen ein weltweites Phänomen. Bereits in den letzten Jahren gab es heftige Kämpfe gegen Privatisierung. 1998 gab es Generalstreiks gegen Privatisierung in Griechenland und Israel. In Indien streikten im Jahr 2000 eine Million Bankangestellte gegen die Privatisierung der Banken. In den letzten Wochen musste der gewerk-

schaftliche Dachverband Cosatu auf Druck von unten in Südafrika einen 2-tägigen Generalstreik gegen Privatisierung androhen.

Die von der Weltbank erzwungene Wasserprivatisierung in der drittgrößten Stadt Boliviens, Cochabamba und die damit verbundene Erhöhung der Wasserpreise um 200 bis 300 Prozent, führten im Frühjahr 2000 zu einem landesweiten Aufstand. Dieser Aufstand zwang den privaten Wasserkonzern zum Rückzug. Die „Koordination zur Verteidigung des Wassers und des Lebens“, die den erfolgreichen Kampf gegen die Wasserprivatisierung führte, organisierte seither die Wasserversorgung selbst.

In Britannien sind nach der jüngsten Umfrage der Gewerkschaft UNISON 73 Prozent der Bevölkerung gegen Privatisierung. Im Februar kam es zum ersten politischen Streik gegen Blairs New Labour-Politik. Die U-Bahn-Beschäftigten stimmten mit 90 Prozent für Streik und brachten London für einen Tag zum Stillstand. „Der öffentliche Dienst wird das Schlachtfeld für die nächste Regierung“, so Dave Nellist, Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) und Stadtrat von Coventry. Britannien ist in Europa seit Thatcher der Vorreiter in Sachen Privatisierung. Es könnte sich in den nächsten Monaten zum Vorreiter im Kampf gegen Privatisierung entwickeln.

Auch in Deutschland gibt es Gegenwehr. In Düsseldorf haben sich bei einem Bürgerentscheid im Mai 89,2 Prozent gegen den Verkauf der Stadtwerke ausgesprochen. Im westfälischen Münster streikten die 363 Beschäftigten der Verkehrsbetriebe über 3 Wochen gegen die Ausgliederung in eine private Tochtergesellschaft und die damit verbundene Absenkung des Grundlohns um 1.000 Mark. Die Beschäftigten des Aachener Studentenwerks wehren sich seit Jahren gegen Privatisierung. Und die Beschäftigten des Klinikums Kassel haben erst mal erfolgreich den geplanten Verkauf verhindert.

Die Kämpfe gegen Privatisierung treffen weltweit zusammen mit Kämpfen in der Privatindustrie gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Offene und veralgemeinerte Klassenkämpfe stehen auf der Tagesordnung. Diese Kämpfe werden zum ideologischen und organisatorischen Neuaufbau der Arbeiterbewegung führen. Und diese Arbeiterbewegung wird früher oder später in den Betrieben und der Gesellschaft insgesamt die Machfrage aufwerfen.

## Opposition in den Gewerkschaften aufbauen

Die Gewerkschaftsführungen haben vor der neoliberalen Offensive kapituliert. Sie verteidigen den öffentlichen Dienst nicht mehr und akzeptieren Privatisierung und „wettbewerbserfähige“, sprich niedrigere Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. In Deutschland ist es gang und gäbe, dass einzelne Spitzenfunktionäre der ötv, beziehungsweise ver.di, Privatisierungen

für ihre persönliche Karriere nutzen und offen die Seiten wechseln. So wurde beispielsweise der Berliner ötv-Vorsitzende Kurt Lange unmittelbar nach dem Verkauf der Bewag (Berliner Stromversorgung) vor einigen Jahren, gegen die von der ötv-Führung nur halbherzig Widerstand organisiert wurde, Arbeitsdirektor des privaten Unternehmens. Ihr Eintrittsgeld in die Chefetage bezahlen sie mit der Zustimmung zur Absenkung des Lohnniveaus und der Verschlechterung

## Mit der Gesundheit keinen Profit machen

Der Generalsekretär der in den USA beherrschten Columbia-HCA, dem weltgrößten gewinnorientierten Krankenhauskonzern, hat öffentlich erklärt, dass das Gesundheitswesen ein Geschäftszweig darstellt, der sich nicht von einer Fluglinie oder von einer Kugellagerindustrie unterscheiden würde. Er verkündete, jedes öffentliche Spital in Nordamerika vernichten zu wollen.

der Arbeitsbedingungen für die Gewerkschaften. In Britannien hat die Gewerkschaftsführung die Wiederwahl von Blair politisch und finanziell unterstützt, obwohl er sich klipp und klar für weitere Privatisierungen ausgesprochen hat. Kämpfe gegen Privatisierung kamen nur auf Druck und durch Initiativen von unten zustande. Den Kampf gegen die Privatisierung der Busbetriebe in Esbjerg/Dänemark Mitte der neunziger Jahre organisierte ein Streikkomitee, das unterstützt wurde von Aktionskomitees in verschiedenen Städten und dem aus dem Generalstreik 1986 hervorgegangenen landesweiten Zusammenschluss von Vertrauensleuten. In den Niederlanden haben sich bei der Eisenbahn in diesem Jahr so genannte Personal-Kollektive und Fahrgast-Kollektive gebildet, die den Kampf gegen die Privatisierung in die eigene Hand nehmen. Durch Streiks wurde die Gewerkschaftsführung gezwungen, ein Abkommen zur Einleitung von Privatisierungsmaßnahmen aufzukündigen. In Britannien organisieren linke Gewerkschaftsaktivisten im öffentlichen Dienst am 1. Dezember eine Basiskonferenz, um über den Kampf gegen Privatisierung und „wettbewerbserfähige“, sprich niedrigere Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. In Deutschland ist es gang und gäbe, dass einzelne Spitzenfunktionäre der ötv, beziehungsweise ver.di, Privatisierungen

## Privatisierung...

### ...tötet

- Das Zugunglück in Brühl im Februar 2000 hätte nach einem Gutachten des Eisenbahn-Bundesamtes durch eine simple „technische Einrichtung zur Geschwindigkeitsüberprüfung“ vermieden werden können. Laut Focus 21/2001 bestätigte ein Insider der Bahn, dass auf den Einbau des lebensrettenden Tempomelders aus Kostengründen verzichtet wurde. Bei der Lokführer-Ausbildung wurde gespart. Neun Menschen kostete die Profitmaximierungs-Strategie das Leben. 148 wurden zum Teil schwer verletzt.
- Die Privatisierung der Wasserversorgung hat in Südafrika zur größten Cholera-Epidemie in der Geschichte des Landes geführt. 220 Menschen sind bisher daran gestorben.

### ...ist Umweltzerstörung

- Im Zuge der Postprivatisierung wurde der gesamte Brieftransport per Bahn eingestellt und auf LKWs verlagert.
- In Vorbereitung der Bahnprivatisierung sollen bis Ende 2001 von den 2.100 Güterbahnhöfen 1.000 geschlossen werden. Das heißt noch mehr LKW-Verkehr, noch mehr Staus, Lärm, Abgase, Unfälle.

### ... ist betrügerisch und kriminell

- Eine interne Treuhand-Arbeitsgruppe hat laut Spiegel 7/98 320 Privatisierungsfälle der Treuhand-Niederlassung Halle durchforstet. Das Ergebnis: in jedem fünften Fall gab es Hinweise auf strafbare Handlungen.
- Die Kölner Müllentsorgung-Firma Trienekens hat ganze Ladungen mit Abfall undeckelariert, um bei den Abrechnungen im Dualen System einen höheren Preis zu erzielen. Die private Müllbranche ist eine Müllmafia.

### ... vernichtet Arbeitsplätze

- Seit Umwandlung der Deutschen Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft 1994 wurden 120.000 Arbeitsplätze vernichtet. Bis 2005 sollen noch mal 51.000 Stellen wegfallen.
- Bei der Telekom wurden in den letzten 10 Jahren 150.000 Arbeitsplätze vernichtet.
- Bei der gelben Post wurden in der BRD seit 1990 120.000 Arbeitsplätze vernichtet. Und die Beseitigung von mehreren tausend weiteren Arbeitsplätzen ist fest geplant.

### ...ist Lohnraub

- BusfahrerInnen privater Busgesellschaften verdienen 30 Prozent weniger als ihre KollegInnen, die nach dem Flächentarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.
- Private Reinigungskräfte bekommen, wenn sie überhaupt Tariflohn bekommen, 3 Mark weniger als im öffentlichen Dienst.

### ...heißt schlechtere Arbeitsbedingungen

- Beschäftigte werden durch Privatisierung durchweg schlechter gestellt bei Kündigungsschutz, Mitbestimmungsrechten, Zusatzrenten und vielen sozialen Standards und Rechten. Oftmals werden Jobs aufgeteilt in mehrere 630-Mark-Jobs in ungeschützten Arbeitsverhältnissen und bei völlig flexibilisierten Arbeitszeiten.
- Während Reinigungskräfte im öffentlichen Dienst 80 qm pro Stunde reinigen müssen, verlangen die privaten Reinigungsgesellschaften 200 qm pro Stunde.

### ...ist Privatisierung der Gewinne

- Von 2001 bis 2003 erhält die Bahn vom Bund 26,4 Milliarden für die Modernisierung des Netzes. Die daraus entstehenden Gewinne kassieren die Aktionäre nach dem Börsengang 2004.
- Nach der Liberalisierung der Strommärkte in Kalifornien explodierten die Preise. Die kalifornischen Stromkonzerne überwiegen über Jahre viele Milliarden Dollar Gewinn an die Muttergesellschaften und meldeten, nachdem sie Ausfälle bei der Stromversorgung verursacht hatten, Konkurs an.

### ... ist Sozialisierung der Verluste

- Arbeitslosigkeit infolge von Privatisierung bezahlt die Allgemeinheit. Durchschnittlich 40.000 Mark im Jahr für jeden Arbeitslosen.
- Um die Stromversorgung vor einem völligen Zusammenbruch zu retten, musste der Bundesstaat Kalifornien vor einigen Monaten eine Anleihe von umgerechnet 10 Milliarden Mark aufnehmen, um Strom einzukaufen und Pleiteunternehmen aufzufangen.

### ... erhöht die Staatsschulden

- ...weil Einnahmen aus öffentlichen Betrieben wegfallen und private Dienstleistungen teuer eingekauft werden müssen. Trotz jährlicher bis zu zweistelliger Milliardenbeträge bei Privatisierungserlösen ist die Staatsverschuldung nicht gesunken, sondern gestiegen.

### ... führt zu schlechterer Versorgung

- 14.000 Postämter wurden in der BRD in den 90er Jahren geschlossen.
- Mit dem Fahrplanwechsel zum 10. Juni dieses Jahres hat die Bundesbahn 13 Millionen Zug-Kilometer, vor allem im Interregio-Verkehr, gestrichen. Im Jahr 2003, vor ihrem Börsengang, will die Bahn 39 Millionen Zug-Kilometer weniger im Reiseverkehr fahren als 2000.



Im Juli streikten in Münster BusfahrerInnen und Beschäftigte der Werkstätten gegen die Ausgliederung in eine private Tochtergesellschaft und dem damit verbundenen tariflosen Zustand. Ein Bürgerbegehren, das den Verbleib der Verkehrsbetriebe bei den Stadtwerken einforderte, hatte innerhalb einer Woche die erforderlichen 8.500 UnterstützerInnen

Von Ursel Beck, Köln



Im Bahnverkehr ist das Profitstreben lebensgefährlich. Beim Zugunglück im Bahnhof von Brühl kamen im Februar 2000 neun Menschen ums Leben. Auch in Britannien kam es in Folge der Privatisierung der dortigen Eisenbahn zu tödlichen Unfällen, wie zum Beispiel in Paddington



### International gegen Privatisierung

Privatisierung ist Teil der neoliberalen Globalisierung. Deshalb muss sie auch global bekämpft werden. Die massive Beteiligung von Gewerkschaften an Demonstrationen gegen EU-Gipfel und andere Institutionen des internationalen Kapitalismus ist deshalb eine dringende Notwendigkeit. Darüber hinaus müssen europaweite und weltweite Streiks organisiert werden. Die Internationale Konföderation der Freien Gewerkschaften (ICFTU) hat während des G 8-Gipfels in Genua beschlossen, dass am Eröffnungstag der nächsten WTO-Konferenz, am 9. November 2001, ein globaler gewerkschaftlicher Aktionstag an allen Arbeitsplätzen der Welt stattfinden soll. Der ICFTU vertritt 156 Millionen Arbeiter in 221 Gewerkschaften in 148 Ländern, aber er lässt seinen Beschlüssen keine Taten folgen. Damit solch ein Aktionstag aber zu einem echten Kampftag werden kann, muss Druck auf die Füh-

rungen der nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen ausgeübt werden. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft Mitte Dezember zu einer Gegendemo gegen den EU-Gipfel in Brüssel auf. Allerdings ist eine Mobilisierung zu diesem Termin nicht genug. Die Mobilisierung sollte der Auftakt für weitergehende Kampfmaßnahmen sein. Es ist angesichts der arbeiterfeindlichen Politik der EU und der bevorstehenden Einführung des Euro sogar an der Zeit, eine mächtige Demonstration zu organisieren und sie mit einem europaweiten Streik im öffentlichen Dienst beziehungsweise mit einem europaweiten Proteststreik zu verbinden. Die Diskussion darüber muss in den nächsten Wochen und Monaten in die Gewerkschaften getragen werden.

### Unser Programm

- Weltweit Stopp aller Privatisierungen und aller Maßnahmen in Richtung Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung. Stopp von GATS
- Rückführung bereits privatisierter Bereiche in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Weg mit IWF, Weltbank, WTO
- Kampf gegen die EU der Banken und Konzerne
- Kein Abbau staatlicher Dienstleistungen. Stattdessen öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung, Gesundheit, Altenpflege
- Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen, in dem die Banken und Konzerne zur Kasse gebeten werden
- Verteidigung des Flächentarifvertrags des öffentlichen Dienstes und Anhebung der Löhne in privatisierten Bereichen auf dieses Niveau
- Für einen Mindestlohn von 2.000 Mark netto beziehungsweise einen Mindeststundenlohn von 18 Mark netto pro Stunde
- Demokratisches und einheitliches Dienstrecht, einschließlich Streikrecht für alle Beschäftigten des öf-

### fentlichen Dienstes

- Der Druck zur Privatisierung geht von den Konzernen und Banken aus. Deshalb müssen sie in Gemeineigentum überführt werden. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- Konsequenter Kampf gegen Privatisierung bis hin zu politischen Streiks
- Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegen Privatisierung
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die international zusammenarbeiten. Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre. Kein Funktionär darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Mitglieder der Gewerkschaften

- Für den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition mit dem Ziel, eine inhaltliche und personelle Alternative zur jetzigen Führung aufzubauen
- Für die länderübergreifende, europaweite und weltweite Zusammenarbeit von BasisaktivistInnen in Betrieb und Gewerkschaft
- Für den Aufbau neuer Arbeiterparteien und den Aufbau einer internationalen der ArbeiterInnen und der Jugend

### Gemeineigentum statt Privatisierung

Privatisierung ist Teil der globalen Ausbeutung durch den Kapitalismus. Allein durch Demonstrationen, wie zuletzt in Genua, können diese weltweit agierenden Räuberbanden nicht gestoppt werden. Aber diese Demos und die anti-kapitalistische Bewegung können der Anfang sein für eine Bewegung, die die Macht der Konzerne und Banken und ihrer globalen Institutionen bricht. Wenn

die Arbeiterklasse, die den gesellschaftlichen Reichtum produziert, ihr Gewicht in die Waagschale wirft und mit Streiks, Generalstreiks und Betriebsbesetzungen den Kampf gegen die Global Player aufnimmt, steht die Welt vor einem neuen historischen Wendepunkt. Durch Massenkämpfe wird die Arbeiterklasse ihre eigene Stärke und historische Aufgabe wiedererkennen. Und diese Aufgabe besteht darin, das Profitsystem weltweit abzuschaffen. Der Kapitalismus muss ersetzt werden durch ein Wirtschaftssystem und Gesellschaftssystem, in dem auf der Grundlage von Gemeineigentum an Produktionsmitteln demokratisch nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt geplant, produziert und verteilt wird. Das ganze Elend in der neokolonialen Welt könnte innerhalb kürzester Zeit beseitigt werden. Arbeitslosigkeit, Existenzangst, Rassismus, Umweltzerstörung – alles Übel des kapitalistischen Systems und der Klassengesellschaft – kann die Menschheit hinter sich lassen durch die Verwirklichung des Sozialismus. Dafür kämpft die SAV. ■

### GATS

Mit dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) will die G 7 weltweit alle öffentlichen Dienstleistungen für den Markt freigeben. GATS sieht vor, dass jeweils das Unternehmen den Zuschlag für eine Dienstleistung erhalten muss, das vorgibt, diese Leistung am günstigsten anzubieten. Die Privaten wittern einen neuen, lukrativen Markt. Denn die globalen Aufgaben für die Bereitstellung von Wasser überschreiten jährlich die Summe von 1 Billion US-Dollar, für Bildung 2 Billionen und für Gesundheit 3,5 Billionen US-Dollar.

## Das CWI kämpft international gegen Privatisierung

Die im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen waren von Anfang gegen jede Privatisierung – egal ob in Britannien oder den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in Ost- oder Westdeutschland oder in einem anderen der über 30 Länder, in denen wir vertreten sind. Dabei haben wir nie die Hierarchie und Bürokratie in öffentlichen Betrieben verteidigt. Unsere Forderung war immer die nach demokratischer Verwaltung und Kontrolle durch die Beschäftigten, Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen und volle gewerkschaftliche und demokratische Rechte. Derzeit ist der Kampf gegen Privatisierung in vielen Sektionen des CWI ein Schwerpunkt. In der Republik Irland hat unsere Sektion, die Socialist Party, eine führende Rolle dabei gespielt, die Einführung von Wassergebühren zu verhindern. In Dublin wurden im Januar Müllgebühren eingeführt. Dagegen läuft jetzt ein Gebührenboykott, der von der Socialist Party maßgeblich organi-

siert wird. (Die Einführung von Wasser- und Müllgebühren dient zur Vorbereitung der Privatisierung.) In Stockholm ist unsere Partei Teil eines Bündnisses, das für ein Referendum gegen den Verkauf von städtischen Wohnungen kämpft. In den Niederlanden sind unsere CWI-Mitglieder aktiv in den Fahrgastkollektiven, die zusammen mit den informellen gewerkschaftlichen Personalkollektiven einen entschlossenen Kampf gegen die Privatisierung der niederländischen Eisenbahn führen. In Kasachstan hat die dortige Mitgliedsorganisation des CWI in diesem Sommer einen Hungermarsch in die Landeshauptstadt mitorganisiert. Eine zentrale Forderung dabei war die Wiederverstaatlichung der Bergwerke. In Nigeria sind unsere Genossinnen von der DSM (Democratic Socialist Movement) aktiv im Kampf gegen die Privatisierung von Schulen. In Südafrika ist das CWI Teil des Antiprivatisierungsforums. Dieses Forum hat unseren Vorschlag, einen Gebührenboykott zu organisieren, übernommen.

## SAV aktiv gegen Privatisierung

Die SAV hat eine stolze Tradition im Kampf gegen Privatisierung. Am Beginn der Privatisierungswelle gab es unter Teilen der Bevölkerung noch gewisse positive Erwartungen in die Privatisierung von Staatsbetrieben wie der Post. Wir haben von Anfang an argumentiert, dass Privatisierung Diebstahl an öffentlichem Eigentum ist, zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung geht und jeden Schritt in Richtung Privatisierung bekämpft. In der VORAN, in Flugblättern und Broschüren haben wir die Argumente der Privatisierungsbefürworter auseinander genommen. Als 1988 die Post aufgeteilt wurde, führten wir eine Kampagne dagegen. Unsere Hauptparole lautete „Nein zur Unternehmerbeute – für die Post der kleinen Leute“.

Wir waren gegen die Restauration des Kapitalismus in der DDR und damit gegen die Privatisierung der staatlichen Betriebe und des Volksvermögens zugunsten westdeutscher Konzerne. In Bremerhaven hat die SAV 1995 eine führende Rolle dabei gespielt, die Privatisierung der städtischen Wohnungsgesellschaft STAWOG zu verhindern. Die SAV Aachen unterstützt seit Jahren

den Kampf der StudentenwerkerInnen gegen Privatisierung. Die SAV Rostock machte 1997 Front gegen die Hafenprivatisierung und die SAV Berlin im selben Jahr gegen die Teilprivatisierung der Berliner Wasserversorgung. Mitglieder von uns, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, haben 1996 zusammen mit anderen ötv-Mitgliedern die Initiative zum Aufbau des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ötv ergriffen. Unsere Mitglieder in Betrieben des öffentlichen Dienstes stehen an vorderster Front im Kampf gegen Privatisierung. Im, bisher sehr erfolgreichen, Kampf gegen die Privatisierung des Großklinikums Kassel hat SAV-Mitglied Steffi Nitschke eine führende Rolle gespielt.

In Köln haben wir eine Initiative gegen den geplanten Verkauf der städtischen Wohnungen gegründet, an der sich verschiedene linke Gruppen und Parteien, Mieterat, Mieter und andere Privatisierungsgegner beteiligen. Durch diese Initiative haben wir MieterInnen zu einer Protestkundgebung vor das Rathaus mobilisiert und eine Kundgebung organisiert.



Die Proteste gegen den IWF, wie hier in Südkorea, richten sich gegen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds, die Vergabe von Krediten an die Einwilligung zu knüpfen, den öffentlichen Dienst zur Plünderung durch multinationale Konzerne freizugeben

## Die Aufgaben der antikapitalistischen Bewegung

# Nach Genua – wie weiter?

Die Demonstrationen von Genua waren ein großer Erfolg für die globale Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Am 21. Juli demonstrierten 300.000 Menschen aus aller Welt – mehr als doppelt so viele wie erwartet. Damit hat die antikapitalistische Bewegung einen neuen Höhepunkt erreicht und die Reichen und Mächtigen der Welt mit noch größerer Sorge erfüllt, als vorherige Proteste.

Von Sascha Stanicic,  
SAV-Bundesleitung

Dies nicht nur wegen der Größe der Demonstrationen, sondern vor allem, weil in Genua ansatzweise der Brückenschlag der antikapitalistischen AktivistInnen zur Arbeiterklasse stattfand. 90 Prozent der DemonstrantInnen kamen aus Italien. So waren die Proteste nicht nur gegen die G 8 gerichtet, sondern auch gegen die neue Rechtsregierung unter dem Medienmogul Silvio Berlusconi.

Diese reagierte unmissverständlich auf den massenhaften Protest von unten: Die Polizei griff die Demonstrationen permanent mit Tränengas an, der Demonstrant Carlo Giuliani wurde erschossen, Hunderte verhaftet, verprügelt, gefoltert.

Die Herrschenden hatten eine klare Strategie, um die Anliegen der DemonstrantInnen im Geschrei über Gewaltausbrüche unhörbar zu machen. Sie setzten Polizeiprozokateure ein und ließen Faschisten auf den Demonstrationen wüten, um ein Bild der Eskalation und der Gewalt über die Medien verbreiten zu können. Damit verfolgten sie ein deutliches Ziel: sie wollten die Demonstration und die ganze antikapitalistische Bewegung in den Augen der Massen diskreditieren, sie wollten die AktivistInnen, die sich an den Demonstrationen beteiligten, einschüchtern und die Aufmärsche mit Gewalt zerschlagen, sie wollten die Bewegung in so genannte „Gewaltlose“ und „Gewalttätige“ spalten. Diese Spaltung dient auch dazu, die politisch moderateren Teile der Bewegung in das kapitalistische Establishment weiter einzubinden.

Doch mit all ihrem Geld, ihrer Macht und Kontrolle über Zeitungen und Fernsehsender konnten die Herrschenden nicht verhindern, dass die Wahrheit sichtbar wurde. Dem Mythos, die Polizei reagiere bei solchen Demonstrationen nur auf gewalttätige Autonome, wurde der Boden entzogen. Die Provokationen und die Gewalt gehen vom Staate aus – und auf das Volk los!

### Mächtige Heuchler

Und ihre Heuchelei wird immer mehr Menschen bewusst: Dort sitzen die Führer der sieben reichsten Wirtschaftsmächte und ihr

russischer Kollege Putin zusammen und beklagen angebliche Gewalt von DemonstrantInnen. Ihre Entscheidungen und das System, das sie repräsentieren und verteidigen, lassen die Hälfte der Menschheit mit weniger als drei Mark am Tag leben, ein Drittel aller Kinder an Unterernährung leiden. Der Kapitalismus übt täglich brutale Gewalt an der Mehrheit der Weltbevölkerung aus. Der russische Präsident Putin ist in Tschetschenien für einen Völkermord verantwortlich, vor zwei Jahren bombardierte die NATO (Rest-)Jugoslawien – wenn sich diese Herren über Gewalt auf Demonstrationen beklagen, ist das, als ob ein Mörder sich über eine Ohrfeige beschwert.

### Die Lehren aus Genua

Die wichtigste Lehre aus Genua muss sein, die Verbindung zwischen den antikapitalistischen Protesten und der konkreten Gegenwehr von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen gegen die Umsetzung der neoliberalen Politik in den Ländern, Kommunen und Betrieben zu führen. Antikapitalistische AktivistInnen müssen eine Hauptaufgabe darin sehen, den Widerstand vor Ort gegen Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierung und Sozialabbau anzustoßen, zu unterstützen, zu organisieren und damit die Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung auf breitere Beine zu stellen. Den örtlichen und betrieblichen Widerstand kann man mit der nächsten großen internationalen Mobilisierung verbinden. Dies wird in Europa der nächste EU-Regierungsgipfel am 14. Dezember in Brüssel sein (schon vorher wird es im belgischen Lüttich und Gen Demo Demonstrationen gegen kleinere EU-Tagungen geben).

Um diese Demonstrationen zu einem Erfolg zu machen, ist auch eine antikapitalistische Offensive in den Gewerkschaften nötig. Diese sind die potenziell mächtigsten Organisationen, denn sie bestehen aus Millionen von Lohnabhängigen. Würden diese ihre Kraft mittels Streiks einsetzen, könnte die Bewegung ganz neue Gipfel erklimmen. Ein Generalstreik in Brüssel könnte den EU-Gipfel im Dezember unmöglich machen. Die Arbeiterklasse (die Klasse der Lohnabhängigen und Erwerbslosen) ist aufgrund ihrer Stellung in der Wirtschaft die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft und die einzige, die eine grundlegende Veränderung durchsetzen kann. Deshalb sollte es ein vordringliches Ziel der antikapitalistischen Bewegung sein, von einer hauptsächlich von Jugendlichen geprägten Bewegung auch zu einer Bewegung von ArbeiterInnen und Arbeitern zu werden.

### Sozialismus

Die wichtigste politische Frage, die sich stellt, ist aber die nach den gesellschaftlichen Zielen der Bewegung. Die meisten Aktiven wissen, wogegen sie sind, haben aber keine Vorstellung von einer alternativen Gesellschaftsform. Auch die verbreitete Lösung „Eine andere Welt ist möglich“ beantwortet nicht die Frage, wie diese Welt gestaltet sein soll. Die SAV sagt: „Eine andere Welt ist möglich – wenn es eine sozialistische Welt ist!“ Forderungen nach einer demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte, nach einer gerechten Verteilung von Reichtümern, nach fairem Handel zwischen industrialisierter und neokolonialer Welt sind im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft reine Utopie. Im Kapitalismus wird immer der Profit und die private Konkurrenz herrschen. Organisiert sich die Arbeiterklasse und kämpft sie entschlossen für Verbesserungen, so sind den Kapitalisten Zugeständnisse abzutrotzen, doch diese werden spätestens in der nächsten Wirtschaftskrise wieder in Frage gestellt und zurückgenommen. Der Kapitalismus ist und bleibt ein krisenhaftes System, das nicht im Interesse der Mehrheit der Weltbevölkerung einzusetzen ist. Letztlich ist wahr, worauf SozialistInnen immer hingewiesen haben: Man kann nur das kontrollieren und für die Allgemeinheit einsetzen, was der Allgemeinheit auch gehört. An der Notwendigkeit der Überführung der zentralen Wirtschaftseinheiten von Banken und Konzernen in öffentliches Eigentum, an der demokratischen Kontrolle und Verwaltung dieser verstaatlichten Betriebe und an der Ausarbeitung eines demokratischen Wirtschaftsplanes zur Beendigung der Profitlogik und des Konkurrenzkampfes führt deshalb kein Weg vorbei, wenn eine andere Welt erreicht werden soll.

Mit aller Gewalt?

Die Frage, die nach Genua in der Öffentlichkeit und unter AktivistInnen am heißesten diskutiert wurde, war die so genannte „Gewaltfrage“. Die Medien und Regierenden fordern die „GlobalisierungskritikerInnen“ fast täglich auf, sich von Gewalt zu distanzieren. Dass diese Frage eigentlich an Silvio Berlusconi und seine prügelnden Carabinieri gerichtet werden müsste, wird geflissentlich ignoriert.

Tatsache ist, dass die Gewalt von Genua von staatlicher Seite organisiert, angeheizt und geduldet wurde. Tatsache ist deshalb, dass die wichtigste Frage, mit der sich die Aktiven der Bewegung auseinandersetzen müssen ist, wie sich Demonstrationen in Zukunft gegen Polizeigewalt und Provokateure verteidigen können.



Die Bevölkerung von Genua empfand mehrheitlich nicht die DemonstrantInnen, sondern Politiker, Militär und Regierungsgäste als Eindringlinge. DemotilnehmerInnen wurden von vielen begrüßt, bekocht und mit Trinkwasser versorgt

Tatsache ist auch, dass – konfrontiert mit Polizeigriffen – einige Jugendliche zu Steinen gegriffen haben, um sich zur Wehr zu setzen oder ihrer Wut und Frustration freien Lauf zu lassen. Tatsache ist aber auch, dass es einzelne autonome und anarchistische Gruppen gibt, die Verfechter von individuellen Randalaktionen, wie das Zerstören von Banken und Geschäften oder physische Angriffe kleiner Gruppen und Einzelpersonen auf die Polizei sind und dafür politische Argumente anführen.

Für die Bewegung stellt sich daher die Frage: mit welchen Mitteln können wir erfolgreich kämpfen und wie setzen wir diese kollektiv um?

### Für Massenaktionen

SozialistInnen gehen davon aus, dass der Kapitalismus nur abgefehlt werden kann, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse durch Streiks und Generalstreiks, Betriebsbesetzungen und die Bildung von Arbeiterräten die Bühne der Geschichte betritt. Um dies zu erreichen, müssen wir heute nicht den Kampf um die Macht führen, sondern erst einmal den Kampf darum, die Massen für ein antikapitalistisches und sozialistisches Programm zu gewinnen. Aktionsformen müssen daher vor dem Hintergrund entschieden werden, ob sie dabei helfen, breitere Teile der Arbeiterklasse zu erreichen, zu mobilisieren und in die Bewegung einzubinden. Das kann dazu führen, dass manche Aktionsformen in bestimmten Situationen richtig und in anderen falsch sein können. Ein Prinzip ist für SozialistInnen dabei, dass auf Massenmobilisierungen gesetzt wird und nicht auf „radikale“ Minderheitenaktionen.

Sympathien, wie sie für militante Aktionen von zum Beispiel südkoreanischen Arbeitern bestehen, gibt es für das Anzünden von Banken oder für individuelle Angriffe auf PolizistInnen am Rande von Demonstrationen nicht (nicht zuletzt, weil davon auch ArbeiterInnen betroffen werden – die Menschen, die über einer Bank oder McDonald's wohnen, deren Auto in Flammen aufgeht oder die ihren Job in einer zerstörten McDonald's-Filiale verlieren).

VerfechterInnen solcher Aktionen sagen, nur dadurch würde Medienresonanz erreicht. Andere hoffen, durch die großen Schäden Gipfeltreffen in Zukunft unmöglich, weil unfinanzierbar zu machen und sehen darin einen Weg, den Kapitalismus konkret zu schädigen und das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen.

Wir halten diese Argumente für falsch und in der Abwägung mit dem politischen Schaden, den individuelle Randalaktionen, auch für wenig schwerwiegend, Schlägereien mit der Polizei und brennende McDonald's-Filialen führen eher dazu, dass die Medien sich in ihrer Berichterstattung auf die „Gewalt“ konzentrieren und weniger über die

Größe der Proteste und deren politische Ziele berichten. Die wirtschaftlichen Schäden werden von Versicherungen ausgeglichen und durch Lohnkürzungen oder ähnliches von der Arbeiterklasse bezahlt. Jede entschlossene Massenaktion, jeder Streik, jede Straßenblockade stellt das staatliche Gewaltmonopol in Frage – aber massenhaft und kollektiv und nicht individuell und vereinzelt.

Das entscheidende Argument aber bleibt: Randalaktionen sind im Interesse der Herrschenden, denn sonst hätten sie in Genua keine Polizeiprozokateure eingesetzt, um genau diese Randalaktionen anzusetzen. Es war nicht zu erkennen, ob hinter einer schwarzen Maske ein „ehrlischer“ Autonomer oder ein Polizeiprozokateur steckte. Dies kann man nicht leugnen und daraus ergibt sich auch die Antwort auf die Frage, wem die Auseinandersetzungen von Genua gedient haben. Solche Jugendlichen, die in ihrer Wut zu Steinen gegriffen haben und solche Autonome, die bewusst und geplant Randalaktionen begangen haben, helfen damit de facto – ob sie es wollen oder nicht – dem kapitalistischen Staat. Deshalb war es richtig, dass viele DemonstrationsteilnehmerInnen in Genua gegen RandaliererInnen vorgegangen sind und ihre Demonstrationsblöcke nicht für sie geöffnet haben.

Gleichzeitig sind die Grenzen zwischen individuellen Randalaktionen und Selbstverteidigung gegen Polizeigriffe bei Demonstrationen wie in Genua fließend. Die Fernsehbilder und entsprechenden Kommentare verschweigen natürlich die Komplexität solcher Ereignisse. So haben auch VertreterInnen der „Tute Bianche“, einer Gruppe, die Gewaltlosigkeit zum Prinzip hat, erklärt, dass sie sich gegen die massiven Polizeigriffe mit Steinen zur Wehr setzen mussten.

Wie sollen sich also Demonstrationen gegen Polizeigewalt verteidigen und welche Mittel sollen angewendet werden, um die imperialistischen Gipfeltreffen zu verhindern?

### Demos schützen

Die SAV steht für Massenmobilisierungen und kollektive Massenaktionen bei den Demonstrationen gegen die kapitalistischen Institutionen. Wir unterstützen Blockaden von Gipfeln und andere Formen direkter Aktionen, wenn sie auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen und Massenbeteiligung stattfinden. Vor allem treten wir dafür ein, die organisierte Arbeiterbewegung für die antikapitalistischen Proteste zu gewinnen. Die effektivsten direkten Aktionen sind Streiks, Generalstreiks und Betriebsbesetzungen. Ein Generalstreik in der Stadt, in der ein Gipfeltreffen stattfindet, wäre die kraftvollste und effektivste Gegen-demonstration.

Es ist auch die Verantwortung der Gewerkschaftsführung, dass die Demonstration in Genua diesen

Verlauf nehmen konnte. Sie hätten die Macht, nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen auf die Straße zu bringen und die Demonstrationen durch gut organisierte und ausgestattete, massenhafte Ordnerdienste gegen Polizeigriffe und Provokationen zu verteidigen. Und mit einer anderen Politik und einer anderen Führung könnte die Arbeiterbewegung den Jugendlichen, die aus verständlicher Wut und Frustration über die herrschenden Verhältnisse sich an einzelnen Randalaktionen beteiligen, eine Perspektive für einen erfolgreichen, kollektiven Kampf gegen den Kapitalismus bieten.

Demokratische Vorbereitungskonferenzen sollten Demonstrationen- und Ordnerleitungen wählen, in denen die wichtigsten beteiligten Organisationen vertreten sind. Die Ordnerdienste sollten gut vorbereitet werden und zu ihrer Verteidigung ausgestattet werden (zum Beispiel mit Schutzkleidung, aber auch mit Schildern oder Knütteln zur Verteidigung). Das Vorgehen auf Demonstrationen muss entsprechend der konkreten Lage vor Ort demokratisch entschieden werden. Solange alle beteiligten Gruppen die Freiheit der Propaganda und eigener Aktionsformen, die nicht im direkten Widerspruch zu den Mehrheitsentscheidungen stehen, zugestanden wird, sollte dann auch von allen erwartet werden, dass sie sich an demokratisch gefasste Beschlüsse halten. Denn solche Gruppen, die der Mehrheit von DemonstrantInnen ihre individuellen Randalaktionen aufzwingen, handeln nicht nur destruktiv, sondern auch undemokratisch und stellen sich so leider außerhalb der antikapitalistischen Bewegung.

Während wir alle Opfer staatlicher Repression und Verfolgung verteidigen, treten wir dafür ein, dass in der antikapitalistischen Bewegung eine offene Auseinandersetzung über die Frage der anzuwendenden Mittel stattfindet. Manche autonome Gruppen weisen jede Kritik mit dem Vorwurf, dies würde die Bewegung spalten, zurück. Wir appellieren an diese Gruppen, ihre Taktik zu überdenken und sich der Diskussion zu stellen, wie die Bewegung gemeinsam und geschlossen aufgebaut werden kann.

Denn die Herrschenden fürchten nicht kaputte Fensterscheiben von Banken oder Tankstellen. Das regeln schon die Versicherungen. Sie fürchten eine Massenbewegung, die sich gegen den Kapitalismus wehrt und diesen in Frage stellt. Daher versuchen sie, die Bewegung zu spalten und Unruhe und Misstrauen zu säen. Am meisten fürchten sie, dass eines Tages kein Demonstrant mehr anreisen muss, um einen Gipfel lahm zu legen, weil das die Beschäftigten der jeweiligen Stadt mit einem Generalstreik selbst erledigen. ■

Die vollständige Fassung dieses Artikels ist abrufbar unter: [www.sav-online.de](http://www.sav-online.de)



Am 20. Juli ist Carlo Giuliani umgekommen. Aber er ist nicht einfach umgekommen, sondern umgebracht worden – von der italienischen Polizei. Die antikapitalistische Bewegung muss diskutieren, wie sie sich gegen die zunehmende staatliche Gewalt am effektivsten schützen kann



Naomi Klein

# Buchbesprechung No Logo!

„Die 50.000 Arbeiter der Yue-Yen-Nike-Fabrik in China müssten 19 Jahre lang arbeiten, bis sie verdient hätten, was Nike in einem Jahr für Werbung ausgibt.“

Von Leonie Redler, Berlin

Dieses und zahlreiche weitere Beispiele für den Wahnsinn des globalen Kapitalismus nennt die Journalistin Naomi Klein in ihrem Buch „No Logo!“. Sie bringt erschreckende Zahlen dafür, dass der Kapitalismus dem Menschen nichts mehr zu bieten hat und weshalb sich immer mehr – hauptsächlich Jugendliche – gegen ihn zur Wehr setzen. Über Marken wie Tommy Hilfiger, Nike und Gap zeigt Klein die wesentlichen Merkmale des Kapitalismus auf: Profitmaximierung um jeden Preis und Hungerlöhne für ArbeiterInnen vor allem in der exkolonialen Welt.

## No Space

In dem Kapitel „No Space“ erklärt sie, dass Unternehmen wie Nike kaum mehr direkt Produkte herstellen, sondern Marken-Erlebnisse kreieren. Der frühere Erfolgsschlüssel, viele Arbeiter und Fabriken zu besitzen, habe sich heute umgekehrt: „Diesen Weltlauf gewinnt, wer am wenigsten besitzt, die wenigsten Arbeitskräfte beschäftigt und nicht die besten Produkte, sondern die mächtigsten Images produziert.“ Der Schlüssel dazu seien Werbung und die Er-

„Disney-CEO [Vorstandsvorsitzender] Michael Eisner verdient 9,783 Dollar in der Stunde, während ein haitianischer Arbeiter 26 Cents in der Stunde verdient; der Arbeiter müsste 16,8 Jahre arbeiten, bis er Eisners Stundenlohn verdient hätte. Die Aktienbezugsrechte im Wert von 181 Millionen Dollar, die Eisner 1996 wahrnahm, würden ausreichen, um 19,000 haitianische Arbeiter und ihre Familien 14 Jahre lang zu versorgen.“

Auszug aus „No Logo!“

schließung von „new spaces“, um diese Images zu verbreiten: Der individuelle und öffentliche Raum wird aufgekauft. Nike gab 1991 225 Millionen US-Dollar für Marketing aus, mit dem Ergebnis, dass sich der Jahresumsatz des Konzerns von 750 Millionen 1987 auf vier Milliarden US-Dollar 1993 steigerte. Mittlerweile gehört der „Swoosh“ (das Logo von Nike) in den US-amerikanischen Tattoosalons zu den meistbegehrtesten Motiven und „um dazugehören“ tragen Jugendliche überdimensionale Tommy Hilfiger-Logos auf ihren Sweatshirts und fungieren als wandelnde Werbeflächen: Für diese Konzerne „geht es nicht mehr darum, Kultur zu sponsorn, sondern Kultur zu sein.“

## No Choice

Während die öffentlichen Haushalte rote Zahlen schreiben, setzen Privatunternehmen das Sponsoring von Kultur, Bildung, Medien durch. An den Schulen in den USA ist Werbung zur Normalität geworden: Zum Beispiel spendete „Channel 1“ seit 1991 kostenlose

Fernseher an 12.000 Schulen. Im Gegenzug müssen dafür alle SchülerInnen täglich zwei Minuten Werbung sehen (in dieser Zeit ist es nicht möglich, das Fernsehen abzuschalten oder leiser zu drehen; die begehrtesten zwei Werbeminuten für Konzerne in den USA). Klein beschreibt, dass Konzerne uns vorschreiben, „whe-re we wanna go today“ und uns nur eine Scheinindividualität vorgegaukelt wird.

## No Jobs

Unter dem Titel „No Jobs“ berichtet Klein von dem Los der 27 Millionen Beschäftigten der weltweit 850 Exportproduktionszonen (EPZ). Mehrheitlich junge Frauen arbeiten oft 14-16 Stunden täglich in militärisch verwalteten EPZen zu Löhnen unter dem Existenzminimum. Sie sind jederzeit kündbar, oft MigrantInnen, die keinen Kontakt zu den „Einheimischen“ haben und sich nicht organisieren dürfen. In diesen Freihandelszonen werden die Turnschuhe für Nike und T-Shirts für Gap zu produzieren hergestellt, um anschließend mit dem jeweiligen Logo versehen und für horrenden Preise an Jugendliche im „Westen“ verkauft zu werden.

International versuchen die Konzerne die noch bestehenden Arbeitsplätze diesem Standard anzugleichen.

Naomi Klein wirft die Frage auf, ob das klassische Verhältnis von Produktionsmittelbesitzern und Lohnabhängigen überhaupt noch besteht, wenn große Konzerne wie Nike oder Microsoft im Grunde überhaupt nicht mehr selbst herstellen (außer Images), sondern andere in Freihandelszonen für sich produzieren lassen.

Was zutrifft ist, dass sich die Situation für die Arbeiterklasse durch die Schaffung von Freihandelszonen massiv verschlechtert und die Möglichkeit, sich zu organisieren und zu wehren immer schwieriger wird. Dennoch ändert dies nichts an den Eigentumsverhältnissen. Zudem bezieht sie sich hauptsächlich auf die Textil- und Unterhaltungsindustrie und verallgemeinert die Situation in diesen Branchen für die Zukunft der Arbeit in anderen Bereichen. Solange diese Betriebe in den bürgerlichen Demokratien mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad ihre Standorte haben, wird es ihnen auch nicht gelingen, dieselben Standards einzuführen. Damit soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Konzerne dies nicht versuchen würden. Im Gegenteil: Wir müssen in jeder Tarifrunde gegen Flexibilisierungs-, Privatisierungs- und Deregulierungsversuche kämpfen.

## Ein-Punkt-Bewegungen

Naomi Klein erkennt die Schwächen von früheren Ein-Punkt-Bewegungen (oft wurden die Anliegen in das Markenbild der Konzerne übernommen, zum Beispiel sprangen Nike oder Tommy Hilfiger in der Frage von Rassismus schnell auf den fahren-

den Zug auf und warben selbst mit schwarzen Jugendlichen für ihre Produkte). Die neue Bewegung gegen IWF und Weltbank dagegen richtet sich gegen die Konzernherrschaft, gegen Globalisierung und in einigen Ländern verstärkt gegen das gesamte kapitalistische System. Klein erkennt, dass die Bewegung einen qualitativen Schritt gemacht hat und tatsächlich zu einer Gefahr für den Kapitalismus werden kann.

## Klein hält dem Kapitalismus den Spiegel vor...

„No Logo!“ enthält eine gute Bestandsaufnahme der momentanen Situation, die der Kapitalismus den ArbeiterInnen und Jugendlichen heute bietet. Allerdings führt dies Klein nicht zu der Schlussfolgerung, diesen zu stützen, geschweige denn eine klare Alternative zum Kapitalismus zu entwickeln. Da Klein ihr Buch vor dem „Durchbruch“ der Bewegung (mit Seattle Ende 1999) geschrieben hat, geht sie auf – für sie – drei Hauptkampfpläne gegen die internationalen Konzerne ein: Die Ad-Jammer (linke Künstlerbewegung, die die Menschen durch ironische Veränderungen von Nike-, Apple-, Gap-, McDonalds-Werbung zum Nachdenken anregen wollen), Reclaim The Street-Parties (RTS), die es bisher nicht geschafft haben, AnwohnerInnen und die Arbeiterklasse einzubinden und schließlich konkrete Kampagnen von Umweltgruppen und Menschenrechtsvereinen gegen Shell, Nike oder McDonalds. Klein hat einen Hang zur Glorifizierung von Intellektuellen, RTS, Greenpeace und erfolgreichen Gerichtsprozessen. Sie erklärt an keiner Stelle, dass es notwendig ist, Schichten der Arbeiterklasse für diese Proteste zu gewinnen.

## ...bietet aber keine Alternative

In einem Artikel zu den Protesten gegen die FTAA-Tagung in Quebec im April 2000 schreibt sie: „Glücklicherweise widerstehen die Demonstranten dem Druck, eine einzige Alternative gegen den Freihandel für sich zu beanspruchen und verteidigen demgegenüber das Recht auf individuelle globale Unterschiede und Selbstbestimmung. Es gibt nicht eine Lösung, sondern Tausende.“ Doch genau dies ist das Problem der sich entwickelnden Bewegung. All die globalen Probleme schreiben nach einer Antwort: die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit, sondern das Wohl von Mensch und Natur zählt. Wenn diese Ideen nicht breite Unterstützung finden und es nicht gelingt die Arbeiterklasse einzubinden, läuft die Bewegung Gefahr, in eine Sackgasse zu geraten. ■

Naomi Klein: No Logo! München Verlag – One Earth Spirit, 2000, 512 S., 48 Mark



Beschäftigungsverhältnisse bei McDonald's weltweit



„Bei McDonald's werden stets bevorzugt junge Arbeitskräfte eingestellt. Arbeitskräfte, die schon ein paar Jahre in einem Betrieb beschäftigt sind – was höhere Löhne und gewisse Vorteile wegen des Dienstalters bedeutet – berichten häufig, dass sie gute Schichten an jüngere und billigere Angestellte verlieren (...). In Frankreich wurden während einer Gewerkschaftskampagne zehn Manager von McDonald's wegen Verletzung des Arbeitsrechts und der Gewerkschaftsfreiheit festgenommen.“ Naomi Klein in „No Logo!“

## Augenzeugenbericht aus Brasilien

„Für mich sah es einfach aus wie die Hölle“



Shay Garabaraz aus Israel lebte für ein Jahr in Brasilien. Er arbeitete in sozialen Projekten mit, die sich um die Menschen in den Elendsvierteln, den Favelas, in Sao Paulo kümmern. Hier sein Bericht über das Leben dort:

Kinder irren umher und wissen nicht, was sie tun sollen; die Menschen sind dem Wahnsinn nahe, weil sie nichts zu Essen und zu Trinken haben. Sie verrichten ihre Notdurft auf den Straßen, alles ist voller Exkremente. Sie leben damit wie selbstverständlich. Ein Kind kann beispielsweise Fußball spielen, kurz zum aufhören, um mitten auf die Straße zu machen und dann weiterspielen als sei nichts gewesen.

## Jugendgangs

Die Menschen sind ohne jede Hoffnung. Jugendliche haben nichts zu tun, sie bilden daher oft Gangs. Das Alter liegt hier meist zwischen 14 und 25, die Gruppen können sehr groß werden. Einige dieser Gangs haben es sich „zur Aufgabe“ gemacht, Kinder umzubringen. Haben sie diese getötet, stellen sie aus ihren Körpern oft Trophäen oder „Statuen“ her – es ist grauenhaft.

Die Gangs sind so mächtig, dass sich nicht einmal mehr die Polizei in die Favelas traut. Teilweise herrscht regelrechter Krieg zwischen den einzelnen Banden und jeder der zwischen die Fronten gerät, läuft Gefahr dabei getötet zu werden. Sie können dich ohne jeglichen Grund erschießen.

## Chaos

Die Menschen sind müde. Man kann Männer und Frauen sehen, die nicht einmal mehr sprechen, ihre Augen wandern nur noch suchend hin und her. Sie wachen morgens auf und haben nur den einen Gedanken: „Ich muss etwas zu Essen finden, ich muss etwas zu Essen finden.“ Sie würden dafür sogar töten, sie würden dafür ein Kind umbringen, sie riskieren ihr eigenes Leben dafür. Sie würden alles für Essen tun.

Es gibt keine Menschlichkeit in den Favelas. In ihrer Verzweiflung versuchen viele, aus den Favelas in die Städte zu gelangen, um dort Nahrung zu finden. Die Polizei versucht sie zurück zu drängen, aber kurze Zeit später kommen immer noch mehr, so dass man mittlerweile auch in den wohlhabenden Vierteln Sao Paulos Menschen auf den Straßen liegen sehen kann. Vierjährige Kinder sterben vor Kälte, teilweise in den Hauptstraßen der Stadt. Die Kriminalität nimmt ständig zu; überall wird gestohlen.

Die Situation wird täglich katastrophaler. Wenn sich nicht bald etwas ändert, wird das Land im totalen Chaos versinken. Die Leute schlafen im Freien, ■



Die Philippinen waren in den neunziger Jahren eine „gefragte Adresse“ für Multis wie Reebok, Adidas oder Nike. Gleichzeitig müssen Hunderttausende in Slums, wie hier in Manila, hausen

## Streik bei VW in Mexiko

Am 18. August begannen 12.500 VW-Beschäftigte im Werk von Puebla einen Streik für eine 30-prozentige Lohnerhöhung. Die Unternehmer hatten diesen Streik provoziert, da sie im Vorfeld keinerlei Erhöhung angeboten hatten.

Dieser Streik hat eine politische Dimension. Unternehmer und die neue erzkonservative PAN-Regierung planen die Festlegung einer Obergrenze für Lohnerhöhungen, die unterhalb der auf 6,5 Prozent geschätzten Inflationsrate liegen soll. Neben Reallohnverlusten droht wachsenden Schichten der lohnabhängigen Beschäftigten in Mexiko die Arbeitslosigkeit. Seit Einsetzen der Rezession vor einem halben Jahr wurden bereits eine halbe Million ArbeiterInnen entlassen.

Mit dem Arbeitskampf bei VW ist die Zahl der Streiks, die sich im Geltungsbereich der Bundesgesetzte gegen die Regierung Fox rüch, auf 20 angestiegen, zusätzlich zu 60 lokalen Streiks und den Arbeitsniederlegungen von LehrerInnen.

## Australische Autoindustrie lahmgelegt

Ende Juli/Anfang August hatten „350 Arbeiter der Automobilmotorenfabrik Tristar in Sydney den folgenschwersten Streik in der jüngeren Geschichte Australiens ausgelöst“ (Handelsblatt, 9.8.01).

Für zwei Wochen ließen sie die Arbeit ruhen, um die Einrichtung eines von Arbeiterorganisationen zu führenden Treuhandfonds zu fordern, der ihre Ansprüche im Fall von Firmenpleiten sichern soll. Innerhalb weniger Tage war die gesamte australische Autoindustrie zum Stillstand gekommen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem Tristar den meisten Forderungen entsprochen hatte.

## USA unterstützte Verfolgung von Indonesien KP

Die US-Regierung hat die gesamte Auflage eines Buches des Außenministeriums zurückgerufen, das „aus Versehen“ von der Regierungsdruckeri an Bütchereien in aller Welt verschickt worden war. Das Buch enthält Dokumente, die zeigen, dass Washington Mitte der sechziger Jahre in Indonesien die Miliz Kap-Gestapu mit zehntausenden Dollar unter die Arme griff, die sich die Zerstörung der PKI zum Ziel gesetzt hatte.

Ein Dokument in dem Buch weist auch nach, dass die USA der indonesischen Militärdiktatur Listen mit Namen von Mitgliedern der kommunistischen Partei übergeben hatte. „Die meisten wurden anschließend ermordet. Ihre Zahl wird auf zwischen 100.000 und einer Million geschätzt“ (Süddeutsche Zeitung, 30.7.01).

## Todesstrafe und Wirtschaftsinteressen

In China, das in den nächsten Monaten Mitglied der WTO (Welthandelsorganisation) werden soll, werden nach wie vor monatlich hunderte Menschen – zum Teil in Schnellverfahren – zum Tode verurteilt. Laut Amnesty International wurden zwischen April und Juni mindestens 1.781 ChinesInnen hingerichtet – so viel wie im Rest der Welt zusammen in drei Jahren.

Chinesische Wissenschaftler haben das mit Wirtschaftsinteressen begründet. „In Entwicklungsländern ist es notwendig, Menschen hinzurichten, um Stabilität und die Entwicklung der Wirtschaft zu sichern“, so der Vorsitzende der Chinesischen Forschungsgesellschaft für Menschenrechte, Zhou Jue, bei dem jüngsten deutsch-chinesischen Symposium in Peking. (Frankfurter Rundschau, 25.7.01)

# Was will die SAV?

**Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschärmt. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.**

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

## Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neozis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

## SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

## Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

## Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der

Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

## Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

## Rostock

### Wieviel kostet Demokratie?

Seit Mitte des Jahres 2001 verlangt die Stadt Rostock von der SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Gebühren für politische Aktivitäten, zum Beispiel mehr als 100 Mark pro Infostand.

Unter dem Motto „Wieviel kostet Demokratie?“ findet nun eine Kampagne von SAV und JRE gegen diese Abzockerei statt. Bei einer Aktion von JRE Mitte August konnten nicht nur die vielen Touristen, sondern auch „Einheimische“ erreicht werden.

Auf dem zentralsten Platz der Stadt machten wir mit selbstgebastelten und lebendigen „Paragrafen“ auf uns aufmerksam. Die „Paragrafen“ sprachen Leute zum Beispiel mit dem Spruch an: „Soll es Meinungsfreiheit nur noch für Reiche geben?“ Wenn die Leute das vermeinten, bekamen sie daraufhin ein Knöllchen mit „10 Mark Gebühr aus Willkür“. Natürlich waren viele erst einmal überrascht, doch sie wurden dann von anderen JRE-Mitgliedern aufgeklärt und auf eine Protest-Unterschrift angesprochen.

In kurzer Zeit gelang es, auch finanzielle Unterstützung in Höhe von 65 Mark zu sammeln. Eine



JRE-Aktionstag im August in Rostock gegen die Einschränkung demokratischer Rechte

gelungene Sache ohne viel Aufwand.

Christine Lehnert

## Spendenticker

Die Sommermonate warten immer und überall mit einer Reihe von Events auf. Ob Straßenfeste, Love-Parade oder Festivals, auch dort lohnt es sich für den Spendenfonds zu sammeln.

Einige Orte haben es erfolgreich gemacht. So sammelte der Kölner Stadtverband über 4.000 Mark beim Christopher Street Day. Die Berlinerinnen und Berliner konnten durch Preifenverkauf bei der Loveparade immerhin knapp 2000 Mark für ihren Wahlkampf einnehmen.

Der Stadtverband Rostock baute einen Infostand bei einem linken Musikfestival (Force Attack) auf und verkaufte dort vor allem Antifamaterial im Wert von über 500 Mark.

Die Wahlkämpfe in Berlin und Hamburg bringen nicht nur interessante Diskussionen mit den Leuten auf der Straße, sondern liefern auch positive Ergebnisse für den Spendenfonds. Bei den jetzt täglich stattfindenden Außenaktivitäten in Berlin unterstützen Passanten unsere Kandidat\*innen nicht nur mit einer Unterschrift, sondern in einzelnen Fällen auch mit großzügigen Spenden. Eine arbeitslose Frau kaufte unser Grundsatzprogramm für 10 Mark und meinte, dass es klasse sei, dass es eine Alternative zu den etablierten Parteien gibt.

Bei einer Protestbooth vor der US-Botschaft aus Solidarität mit Mumia Abu Jamal konnten Berliner SAV-Mitglieder 51,40 Mark sammeln.

## Spendenappell

# Ziel: 17.300,- Mark

# bezahlt: 11.742,- Mark

## Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

### Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13  
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr. 13  
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, Ché-Haus, Pontstr. 41  
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

### Berlin

OG Prenzlauer Berg - Süd: Mittwochs, 19 Uhr, im Mädchentreff Lotte, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz  
OG Prenzlauer Berg - Nord: Donnerstags, 19 Uhr, Kiezladen, Dünckerstr. 14 (Nähe U-Bhf Eberswalder Str.)  
OG Treptow-Köpenick: ☎ 030 - 44 08 429  
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

### Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)  
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

### Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbrhv@aol.com

### Dresden

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

### Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58  
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com

### Greifswald

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

### Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)  
e-Mail: hamburg@sav-online.de

### Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12  
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

### Heinsberg

Infos über Marcus 0172 - 1014123

### Köln

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (U-Bhf Ebertplatz)  
OG Kalk: Donnerstags, 19 Uhr, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)  
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

### Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)  
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)  
☎ 0381 - 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

### Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)  
e-Mail: siegen@sav-online.de

### Stuttgart

OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, AWO Ost, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),  
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreundeladen Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)  
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

### Trier

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: trier@sav-online.de

### Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten: Cottbus, Bad Berleburg, Darmstadt, Dißeldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Kiel, Münster, Solingen, über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. August  
Die nächste VORAN erscheint am 1. Oktober

## Wofür wir kämpfen:

### Arbeit für alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

### Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BafoG von 1500 Mark netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil

### Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr

### Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

### Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

### Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

### Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

### Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

### Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht
- ★ Nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

### Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“
- ★ Nein zur Europäischen Währungsunion

### Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung
- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

## Impressum

Littenstr. 106/107, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 24723802,  
Fax (030) 24723804,  
e-mail: redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – erscheint seit 1973  
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Aron Arm  
Erscheinungsweise: Monatlich  
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.  
Bankverbindung:  
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

<http://www.sav-online.de>

# SAV-Wahlkampf in Berlin Statt sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen!



Antje Zander, SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus



Leonie Redler, SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus



Alexandra Arnsburg, Jugendvertreterin bei der Telekom Berlin\* SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus

Vetternwirtschaft, Spenden-skandale, Korruption und ein 70-Milliarden-Loch in der Haushaltskasse, all dies sind Dinge, die im Moment Berlin bestimmen.

Ob CDU und FDP oder SPD und Grüne, alle etablierten Parteien warten pünktlich zu den Neuwahlen mit neuen Konzepten und Haushaltssanierungsplänen auf. Leider hat auch die PDS erklärt, dass wir uns Sparen nicht herum kommen.

Wir, das bedeutet mal wieder wir ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen. Anstatt dahin zu langen, wo es genügend gibt, nämlich bei den Banken und Konzernen, wird wieder bei uns gespart.

Von Doreen Ullrich, Berlin

So sagte Frank Steffel, Spitzenkandidat der CDU, in seinem Acht-Punkte-Programm: „Zur Sparsamkeit gibt es keine Alternative“ und „wir müssen die Wirtschaftskraft Berlins stärken“. Im Klartext heißt das: Unternehmerrückendeckung.

Auch die SPD redet davon, dass es nicht ohne „Einschnitte und Verzicht“ (SPD-Wahlprogramm) gehen wird. Das Programm der SPD: Privatisierungen, 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst streichen, die Sozialhilfe auf „das notwendigste Maß beschränken“.

Auch die Grünen wollen bei uns hier unten kürzen. Sie haben vor, in den nächsten acht Jahren 17.500 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen.

Von den etablierten Parteien können wir also nichts erwarten.

## Was macht die PDS?

Leider ist der Wunsch der PDS, unbedingt mitregieren zu wollen,

so groß, dass auch sie in ihrem Wahlprogramm ein umfangreiches Kürzungspaket geschnitten hat.

Allerdings gibt sie an, „sozial gerechtfertigt“ (Gysi) sparen zu wollen. Doch leider unterscheidet sich dieses angeblich „sozial gerechtfertigte“ Wahlprogramm nicht sonderlich von denen der anderen großen Parteien.

So sagte Gysi, dass außer Kultur und Bildung alle anderen Ausgaben „auf dem Prüfstand“ stehen würden, außerdem „werden Privatisierungen notwendig sein“.

Der Ausverkauf von städtischen Wohnungen soll weiter gehen. So fordert die PDS, städtische Wohnungen an Genossenschaften zu verkaufen. Die Förderung des Wohnungsbau soll für die nächsten fünf Jahre eingestellt werden.

Auch Stellenabbau im öffentlichen Dienst steht bei der PDS auf der Tagesordnung. Sie will die Personalkosten um 1 Milliarde Mark senken.

## Für eine sozialistische Alternative

Nachdem die Große Koalition auseinander gebrochen war und Neuwahlen angekündigt wurden, trat die SAV für ein linkes Bündnis von Sozialabbau Betroffenen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen in den Stadtteilen aber auch in den Bezirken und auf Landesebene ein, um so Proteste gegen Kürzungen zu organisieren und für die Wahlen eine gemeinsame Liste aufzustellen. Leider ist in diesem Wahlkampf keine solche Liste entstanden.

Deshalb tritt die SAV im Bezirk Pankow eigenständig für die Bezirksverordnetenwahlen an.

Wir fordern unter anderem: Erhalt aller Arbeitsplätze, Schluss mit dem Ausverkauf des öffentli-

chen Dienstes, massive Erhöhung und konsequente Eintreibung der Gewerbesteuer.

Wir stehen für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bus und Bahn, Bildung und Ausbildung, Wohnen, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Freizeit- und Sporteinrichtungen.

Wir wollen mit Korruption und Vetternwirtschaft aufräumen und fordern deshalb unter anderem: Keine Pensions- und Übergangszahlungen an die für die Krise verantwortlichen Politiker und vollständige Offenlegung der Geschäftsbücher aller Unternehmen, bei denen Investitionen und Kredite versickert sind

## Die DL – Demokratische Linke

Bei den Wahlen für das Abgeordnetenhaus bereiten wir uns an der Kandidatur der offenen Liste der DL – Demokratische Linke. Elf SAV-Mitglieder stehen auf der Landesliste der DL. Drei Mitglieder der SAV sind für die DL-offene Liste Direktkandidatinnen im Prenzlauer Berg für das Abgeordnetenhaus.

Die DL – Demokratische Linke versteht sich als Zusammenschluss verschiedener linker Organisationen, AktivistInnen und Einzelpersonen.

Die Plattform der DL-Demokratische Linke richtet sich eindeutig gegen Sozialkürzungen, Privatisierungen und Arbeitsplatzabbau.

So fordert sie unter anderem Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr, kostenlose Bildung und Ausbildung für alle und ein Existenzgeld von 1500 Mark plus Warmmiete für alle.

## SAV-Aktivitäten

Wir reden nicht nur, sondern sind



auch aktiv. Während unseres Wahlkampfes 1999 haben wir zum Beispiel gemeinsam mit anderen einen Schülerstreik gegen Sozialabbau organisiert.

Wir planen während unseres Wahlkampfes verschiedene Kundgebungen und Veranstaltungen gegen Kürzungspolitik. So beteiligen wir uns an einer Demonstration am 13. Oktober gegen Sozialabbau und Privatisierung. Weiterhin ist eine Podiumsdiskussion mit PDS und der Demokratischen Linken geplant.

Wir sind aktiv an Aktionen gegen Nazi-Wahlkampfpaktivitäten beteiligt. Wir versuchen, Infostände von Republikanern und NPD zu stören oder zu verhindern. Am 3. Oktober beteiligen wir uns an der Gegendemo-

stration zum geplanten Nazi-aufmarsch. Einen Tag danach wird es gemeinsam mit Widerstand international (WI) und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) eine Veranstaltung unter dem Motto „Keine Stimme den Rechten“ geben.

Letztlich versuchen wir im Wahlkampf aufzuzeigen, dass Sozialabbau, Privatisierung und Korruption System hat. Dieses System heißt Kapitalismus. Mit unserer Kandidatur wollen wir aufzeigen, dass es notwendig ist, sich gegen die Herrschenden zur Wehr zu setzen – und das organisiert.

\* Angabe dient nur zur Kenntlichmachung der Person

## Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

### Belgien

Unmittelbar nachdem die Nachricht von Tod Carlo Guilianis bekannt wurde, mobilisierte das CWI-Belgien für eine Protestlobby vor der italienischen Botschaft. An der Aktion am Montag nach der Grobdemo in Genua nahmen 100 Personen teil. „Bandiera Rossa“ wurde gesungen, außerdem wurde eine massive Mobilisierung gegen die EU-Gipfeltreffen in Belgien angekündigt.

In den Wochen zwischen den Demos in Göteborg und Genua berichteten Dutzende von belgischen Zeitungen und Fernsehsender über das CWI in Belgien. Die Tageszeitung Financieel Economische Tijd schrieb, dass das CWI „den Sozialismus neu erfinden will“. Dabei ist das CWI der Ansicht, dass die Ideen von Marx und Engels aktueller denn je sind.

### Griechenland

Die griechische Schwesterorganisation der SAV beteiligte sich aktiv am Griechischen Komitee für Genua, das mehrere Busse für die Fahrt nach Italien organisierte. Nachdem Verlassen der Fähren wurde einigen Bussen die Weiterfahrt untersagt. Daraufhin initiierten AktivistInnen des Komitees und CWI-Mitglieder Sitzblockaden. Die Genossin Christina spielte dabei eine maßgebliche Rolle, was tagelang im griechischen TV zu sehen und machte sich einen Namen als eine derjenigen, die sich von den staatlichen Repressalien nicht einschüchtern lassen.

In der Woche nach Genua fanden in Griechenland drei Demos mit 500-5.000 TeilnehmerInnen statt. Bei der zentralen Protestaktion führte das CWI einen der größten Demoblöcke.

### Irland

Zeitgleich mit der Grobdemo in Genua führte die Socialist Party (SP) eine Solidaritätsaktion in Dublin durch, bei der in zwei Stunden mehr als umgerechnet 350 Mark Spenden gesammelt werden konnten, und rund 50 Zeitungen und 40 CWI-Broschüren verkauft wurden.

In Cork kamen zwischen 60 und 70 Besucher zu einer Veranstaltung der SP gemeinsam mit der Socialist Youth, um einen Augenzeugenbericht von Genua zu hören.

In Belfast in Nordirland nahmen mehr als 50 Leute an einer von der Socialist Youth organisierten Veranstaltung zu Genua teil.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB  
Tel.: 0044 20 8558 5814  
Fax : 0044 20 8988 8793  
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk  
www.worldsocialist-cwi.org



**Berlin**

3. Oktober **Stoppt den Nazi-Aufmarsch**

13. Oktober **Demo gegen Sozialabbau und Privatisierung**

**ATTAC**

**Erster Bundeskongress**

Unter dem Titel „Globalisierung ist kein Schicksal... Eine andere Welt ist möglich“ findet vom 19. bis 21. Oktober in Berlin der erste bundesweite Kongress von ATTAC statt.

ATTAC versteht sich als ein breites gesellschaftliches Bündnis mit dem Ziel, eine „Gegenmacht zu den vermeintlichen Sachzwängen der Globalisierung und den entfesselten Kräften der Märkte“ zu bilden. Ausgehend von Redakteuren der Le Monde diplomatique in Frankreich haben sich inzwischen in 26 Ländern einzelne AktivistInnen und Organisationen aus der Umwelt- und der internationalen Solidaritätsbewegung und gewerkschaftlichen Gliederungen zu ATTAC zusammengeschlossen. In Deutschland hat ATTAC mittlerweile in zwanzig Städten Gruppen.

Der Kongress will sich mit der neoliberalen Globalisierung in der ganzen Bandbreite beschäftigen: Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit dem internationalen Kapital und den Finanzmärkten“ heißt es in der Einladung.

Die SAV beteiligt sich aktiv bei ATTAC. Bei dem Kongress will die SAV auch einen eigenen Workshop zur Frage „Markt oder Plan?“ anbieten. Die SAV-Bundesleitung hat auch einen offenen Brief an ATTAC Deutschland geschrieben, um eigene politische Ideen und Vorschläge an ATTAC zu richten, sowie die Motivation für die Mitarbeit bei ATTAC zu erklären. Dieser offene Brief kann unter [www.sav-online.de](http://www.sav-online.de) gelesen werden.

ATTAC-Info: [www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de)

**Neue Broschüre:**

**Belagerungszustand**

Der globale Kapitalismus und die sozialistische Alternative

40 Seiten  
4 Mark

erhältlich bei der Bundeszentrale der SAV  
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin  
Telefon: (030) 24723802  
Fax (030) 24723804  
e-mail: info@sav-online.de

## CWI Europäische Sommerschulung



Vom 15. bis zum 19. Juli fand die Jungste Europäische Sommerschulung vom Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI) in Leuven in Belgien statt. Die Schulung zählte 275 TeilnehmerInnen aus ganz Europa, von Schweden bis Griechenland, und war damit die bestbesuchte CWI-Schulung der letzten zehn Jahre. Unter den Anwesenden waren auch SozialistInnen aus den USA, Israel, Russland, Ukraine und Türkei.

Im Mittelpunkt standen die Diskussionen über die antikapitalistische Bewegung, die Aufgaben von SozialistInnen und die beginnende Weltwirtschaftskrise. In den belgi-

schen Medien fand eine hysterische Berichterstattung über Internationalen Verzet (Widerstand international) statt, die von CWI-Mitgliedern ins Leben gerufene Jugendorganisation. Im belgischen Parlament machte der faschistische Vlaams Blok Internationalen Verzet für die Ausschreitungen in Göteborg verantwortlich. Darum wurde am Rande der CWI-Schulung eine Pressekonferenz durchgeführt, um diese absurden Anschuldigungen zurückzuweisen. Über die Pressekonferenz wurde in allen großen belgischen Zeitungen, bei CNN und in einer niederländischen Zeitung berichtet. Außerdem strahlte das belgische Fernsehen Bilder von

der Konferenz aus und interviewte mehrere CWI-AktivistInnen.

Im Anschluss an die Schulung fuhr auch ein Bus mit CWI-Mitgliedern aus zehn verschiedenen Ländern nach Genua. Insgesamt war das CWI mit 130 Mitgliedern bei den Protesten vor Ort aktiv.

Die Begeisterung aller TeilnehmerInnen über die CWI-Sommerschulung und die Zuversicht in den Aufbau einer starken sozialistischen Kraft in Europa und weltweit kam auch beim erfolgreichen Spendenappell zum Ausdruck, bei dem mehr als 30.000 Mark für die Arbeit der Internationale gespendet wurden.

# Hamburg Schluss mit der rot-grünen Sparpolitik!

Hamburg ist die reichste Region der EU. Während 0,28 Prozent der Hamburger 70 Prozent des Privatvermögens (= 22 Milliarden Mark) besitzen, lebt jedes 5. Kind in Hamburg von Sozialhilfe.

Unter einer rot-grünen Regierung als Arbeitgeber wurde nichts gegen die Arbeitslosigkeit getan. Im Hafen entsteht für 580 Millionen Mark ein neues Container-Hightech-Logistikzentrum, nur wenige neue Arbeitsplätze werden geschaffen, ein ganzes Dorf musste dafür weichen. Damit in Zukunft das größte Verkehrsflugzeug der Welt (A380) in Hamburg gebaut werden kann, werden für 1,3 Milliarden Mark dem Airbus-Konzern große Produktionsflächen durch die Stadt erschlossen. Ein ökologisch einmaliges Naturschutzgebiet wird dafür teilweise zerstört. Anstatt der versprochenen 4.000 Arbeitsplätze werden höchstens wenige hundert entstehen. Hamburg boomt – für die Reichen und Unternehmer.

## Rot-Grün = Arbeitsplatzabbau

Viele städtische Betriebe wurden in den letzten Jahren ausgegliedert. Diese Teilprivatisierungen führten zu sinkenden Löhnen und Arbeitsplatzabbau. Die SPD-Finanzsenatorin Nümann-Seidewinkel rühmte sich: „Wir haben bis heute in den ausgelagerten Unternehmen 8.000 Stellen eingespart.“ Die Zahl der direkt bei der Stadt Hamburg beschäftigten sank von 1990 bis 1999 um 35 Prozent. Bei den BusfahrerInnen der Hochbahn AG und den Hafnarbeitern wurden die Tarife für neu eingestellte Beschäftigte abgesenkt. Andere ehemals städtische Betriebe wurden privatisiert, das heißt verkauft. So gehören jetzt die „Hamburgischen Electricitätswerke“ zum schwedischen Konzern Vattenfall und die früheren Hamburger Gaswerke („HeinGas“) dem deutschen Energieriesen E.ON.

Die SAV kämpft für die Rücknahme der Lohnkürzungen und Ausgliederungen sowie den Stopp aller Privatisierungen.

## Rot-Grün = Bildungsabbau

Seit 1994 wurden in Hamburg 1800 Lehrerstellen eingespart. Die Schulbücher sind meist veraltet, die Gebäude oft baufällig. Nun werden die Schulgebäude an eine (noch) städtische Gesellschaft verkauft. Mit der Immobilie Schule soll künftig Geld gemacht werden. (siehe hierzu auch den Artikel auf Seite 5).

Die SAV kämpft gegen den Verkauf der Hamburger Schulen und für ein öffentliches Investitionsprogramm in Berufsausbildung, Schulen und Hochschulen!

## Rot-Grün = Sozialabbau

Der rot-grüne Senat wirft den Banken jedes Jahr 1,7 Milliarden Mark Zinszahlungen in den Rachen. Auf der anderen

Seite soll die Sozialhilfe gesenkt werden, in den Freizeithäusern werden Stellen nicht besetzt, Büchereien werden geschlossen, Gebühren für Kindergärten erhöht, Lehrerstellen eingespart.

Die SAV meint: Schluss mit der Politik für die Reichen, Banken und Konzerne! Rücknahme aller Sozialkürzungen, stattdessen deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer und Stopp der Zinszahlungen!

## Nazis in Hamburg

Seit 1999 gab es in Hamburg mehr als 10 Aufmärsche von Neonazis. Während die Polizei den Nazi-Demonstrationen oft mit aller Härte den Weg freiprüllte, wurden mehrfach Gegendemonstrationen durch den Innensenator untersagt. Die Neonazi-Schlägertruppe „Hamburger Sturm“ wurde zwar vom Bundesinnenminister verboten, spielt aber weiter bei Nazi-Aktivitäten eine führende Rolle.

Die SAV stellt sich auch im Wahlkampf den Nazis in den Weg, um sie nicht ihre Propaganda verbreiten zu lassen. Wir wehren uns dagegen, dass ihnen öffentliche Plätze oder Räume überlassen werden.

## Hamburgs Haider

Neben den Nazi-Parteien DVU, NPD und Republikaner kandidiert auch eine Hamburger Haider-Kopie – die Partei Rechtsstaatlicher Offensive des Richters Ronald Schill. Sie wird nach Umfragen bis zu 12 Prozent der Stimmen bekommen. Die Schill-Partei nutzt die große Unzufriedenheit mit der rot-grünen Sparpolitik. Sie hetzt gegen „kriminelle Asylbewerber“, fordert die Abschaffung des Asylrechtes, die Einstellung von 10.000 Polizisten, die Videoüberwachung von Straßen und Plätzen. Für die eigentlichen Probleme hat Schill keine Lösung. Unter dem Deckmantel der Partei des „kleinen Mannes“ finden sich überwiegend Vorschläge, die besonders Unternehmen und Besserverdienenden zugute kommen. Schill fordert die Privatisierung sämtlichen städtischen Besitzes und die Senkung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener auf 35 Prozent. Die CDU hat für den Fall eines Wahlsieges Schill schon den Posten des Innensensors angeboten.

## Widerstand statt Sachzwang

Die etablierten Parteien reden von Sachzwängen. Die SAV steht für eine andere Politik. Unsere „Sachzwänge“ sind die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt. Sozialistische Abgeordnete werden jegliche Kürzungen, die Jugendliche, Beschäftigte, Arbeitslose und sozial Benachteiligte treffen, ablehnen.

Natürlich können wir nur durch Reden in den Parlamenten nichts ändern, deshalb ist es notwendig, außerparlamentarisch Widerstand gegen unsoziale Politik, gegen

Stellenabbau und gegen Nazis zu organisieren.

Abgeordnete der SAV werden keine materiellen Vorteile aus ihren Mandaten ziehen, sondern ihre Einkünfte offen legen, alle Privilegien ablehnen und Verdienste, die über einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn liegen, abgeben.

## Regenbogen wählen!

Um die Linke zu stärken, arbeitet die SAV mit anderen linken Parteien und Organisationen zusammen – auch wenn diese, anders als die SAV, kein sozialistisches Programm vertreten. Bei den Bürgerschaftswahlen (Landtagswahlen) unterstützt die SAV die Kandidatur von „Regenbogen – für eine neue Linke“. Jörn Kroppach, SAV-Mitglied, wurde von Regenbogen als Bürgerschaftskandidat aufgestellt. Weitere SAV-Mitglieder kandidieren für Regenbogen zu den Bezirksversammlungen.

Regenbogen ist ein Zusammenschluss von ehemaligen Grünen-Mitgliedern und linken AktivistInnen. Gründe für ihre Austritte waren der Kriegseinsatz auf dem Balkan, das Einklinken von Rot-Grün vor der Atomlobby und die Politik des Sozialabbaus durch die SPD und Grüne. Regenbogen tritt unter anderem ein für den Stopp aller Privatisierungen und Sozialkürzungen, eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und für das Wahlrecht für alle, unabhängig vom Pass.

## Aktiv werden!

Die SAV war in Hamburg aktiv in den Bewegungen gegen die Castor-Transporte und die Nazi-Aufmärsche. SAV-Mitglieder waren beteiligt an der Organisation des Widerstandes gegen den Arbeitsplatzabbau bei Phoenix in Hamburg-Harburg. Wir haben die Arbeitslosenproteste, die Demonstrationen gegen die Kita-Kürzungen und die streikenden LehrerInnen unterstützt.

Wenn Du der Meinung bist, dass wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wie die Reichen in den Chateaus und ihre Vertreter in den Parlamenten unsere Zukunft verbauen, dann werde aktiv! Wählen allein reicht nicht.

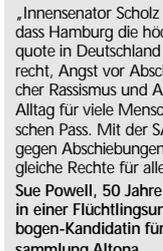
Sylla Kahl und Jörn Kroppach, Hamburg

## SAV-KandidatInnen zu den Wahlen in Hamburg:



„SAV-Mitglieder haben den Widerstand gegen den Arbeitsplatzabbau bei Phoenix unterstützt und mit organisiert. Wir kämpfen auch weiterhin gegen Entlassungen und für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.“

Jörn Kroppach, 29 Jahre, ehemaliger Angestellter Phoenix AG, Hamburg-Harburg, Regenbogen-Bürgerschaftskandidat



„Innensenator Scholz rühmt sich damit, dass Hamburg die höchste Abschiebequote in Deutschland hat. Kein Wahlrecht, Angst vor Abschiebungen, alltäglicher Rassismus und Armut – das ist Alltag für viele Menschen ohne deutschen Pass. Mit der SAV kämpfen wir gegen Abschiebungen und fördern gleiche Rechte für alle Menschen!“

Sue Powell, 50 Jahre, Sozialarbeiterin in einer Flüchtlingsunterkunft, Regenbogen-Kandidatin für die Bezirksversammlung Altona



„Bei Kindergärten, Schulen, Ausbildung und Uni – überall werden Gelder gestrichen. SPD und Grüne haben tausende Arbeitsplätze abgebaut und bei den sozial Benachteiligten gekürzt. Damit muss endlich Schluss sein.“

Lucy Redler, 22 Jahre, Regenbogen-Kandidatin Bezirksversammlung Eimsbüttel

## Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV  
 ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

## Ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM  
 ein Förderabo mit einer monatl. Spende von \_\_\_ DM bezahlen  
 zusätzlich \_\_\_ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse

**Für eine sozialistische Alternative!  
 Werde aktiv! Mach mit bei der SAV!  
 Tel. 0178-2068489**